# Neutrality under Pressure: Latin America, 1914-1917

Die schweren Krisen, die die Welt in den Jahren vor dem Großen Krieg erschütterten, machten sich auch in Lateinamerika bemerkbar. Mit der Mexikanischen Revolution spielte sich einer dieser Gewaltausbrüche in der eigenen Region ab und erschütterte die Selbstsicherheit der europäisierten Oberschichten Lateinamerikas. Als Anfang August 1914 in Europa der Krieg ausbrach, weitete sich die Spirale der Gewalt auf eine neue, globale Dimension aus. Die lateinamerikanischen Regierungen wollten neutral abseits stehen und hofften auf das schnelle Kriegsende, das die Strategen beider Kriegsparteien vollmundig ankündigten. Jedoch nahm der Krieg schon bald beispiellose Formen an. Weder ging er rasch vorüber noch konnten sich die Lateinamerikaner aus dem Geschehen heraushalten. Im Gegenteil, durch den Wirtschaftskrieg waren die Folgen der Konflagration von Kriegsbeginn an in der ganzen Region spürbar. Dieser Beitrag wird im Folgenden die Herausforderungen an die lateinamerikanischen Regierungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht untersuchen. Leitende Fragen sind: Inwieweit konnten die Regierungen ihre Neutralität durchsetzen? Welche Folgen hatte der Wirtschaftskrieg?[[1]](#footnote-1)

1. **Herausforderungen auf dem politischen Terrain**

In politischer Hinsicht bestand im August 1914 keine Notwendigkeit auf einer der beiden Seiten in den Krieg einzugreifen, schließlich führten europäische Mächte diese Auseinandersetzung. Es lag im nationalen Interesse der lateinamerikanischen Staaten, die lebenswichtigen wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Kriegsparteien so weit wie möglich durch eine neutrale Haltung aufrechtzuerhalten. Weder zu den Alliierten noch zu den Mittelmächten bestanden enge politische Verbindungen oder gar bündnisartige Verpflichtungen, die eine offene Parteinahme erforderlich oder wünschenswert gemacht hätten. Die Nichteinmischung in europäischen Kriegen entsprach der diplomatischen Tradition Lateinamerikas, die sich auch im Panamerikanismus niederschlug.[[2]](#footnote-2) Daher erklärten alle souveränen Staaten Lateinamerikas zügig ihre Neutralität.[[3]](#footnote-3) Sie beriefen sich dabei auf das seit der Zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907 und der Erklärung der Londoner Konferenz von 1909 zur Land- und Seekriegführung geltende Recht für Neutrale, das insbesondere die Behandlung von Schiffen Krieg führender Staaten regelte.[[4]](#footnote-4)

Mit ihrer Neutralität folgten die lateinamerikanischen Regierungen dem Vorbild der USA, die sich trotz der großen Sympathien von Präsident Woodrow Wilson und der Bevölkerungsmehrheit für die Sache der Entente ebenfalls aus dem europäischen Krieg heraushalten wollten. Wie in den Vereinigten Staaten war die Neutralität in lateinamerikanischen Staaten mit einem hohen Einwandereranteil aus Europa wie Brasilien, Chile aber auch Paraguay und Uruguay auch ein innenpolitisches Gebot, um ethnischen Konflikten vorzubeugen.[[5]](#footnote-5) Dennoch entluden sich gleich nach Kriegsausbruch gerade in Haupt- und Hafenstädten wie Santiago, São Paulo oder Porto Alegre die Leidenschaften in den Straßen, wo Menschenmassen Demonstrationszüge bildeten. Vielerorts erlebten Lateinamerikaner spontane Sympathiebekundungen wie das Singen der Marseillaise oder des Deutschlandlieds.[[6]](#footnote-6)

Die europäischen Herkunftsländer waren sofort nach Erhalt der Nachricht vom Kriegsbeginn bemüht, die Wehrpflichtigen unter den Ausgewanderten zu den Fahnen zu beordern. Die Konsulate riefen in zahlreichen fremdsprachigen Presseorganen der ausländischen Gemeinschaften vor Ort wehrpflichtige Staatsbürger dazu auf sich zu melden.[[7]](#footnote-7) Die Einberufungsaktionen stießen anfangs auf großen Widerhall. Vielerorts strömten die Wehrpflichtigen zusammen. Die Presse berichtete regelmäßig von Abschiedsfeiern für Reservisten, die nach Europa zurückkehren wollten. Allerdings kam es auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.[[8]](#footnote-8)

Die Briten, um ein Beispiel für die Entente zu nennen, stellten in vielen Ländern der Region kleine, aber gut organisierte Gemeinschaften, die über zahlreiche Vereine, Kirchen und Schulen verfügten. Die Vernetzung brachte ein hohes Maß an Sozialkontrolle mit sich, was wiederum die Einberufungsaktivitäten begünstigte. Gerade aus den Kolonien im karibischen Raum strömten viele Freiwillige nach Großbritannien.[[9]](#footnote-9) Die Regierung Panamás erlaubte den Briten darüber hinaus die Anwerbung von rund 3.000 Mann aus den britischen Antillen, die auf panamaischem Staatsgebiet lebten, und garantierte den zukünftigen Veteranen, dass sie bis ein Jahr nach Kriegsende auch ohne den sonst erforderlichen Nachweis des Besitzes einer bestimmten Geldsumme zurückkehren dürften.[[10]](#footnote-10) Zwar verstießen diese Rekrutierungskampagnen in neutralen Staaten gegen die Bestimmungen des Völkerrechts, wie der chilenische Jurist Galvarino Gallardo Nieto rückblickend festhielt, doch tat dies dem Erfolg der Maßnahme keinen Abbruch.[[11]](#footnote-11)

Die diplomatischen Vertreter des Deutschen Reichs standen den Alliierten in nichts nach. Besonders in der Anfangszeit versammelten sich wehrpflichtige Reichsangehörige und freiwillige Deutschstämmige insbesondere in den Zentren deutscher Siedlungsgebiete in Südbrasilien, Chile und Paraguay. Sie wollten an die Front und stießen teils bereits auf dem Weg zu den Sammelpunkten spätestens aber in den Hafenstädten auf die Wehrpflichtigen der verfeindeten Nationen. Bei diesen Aufeinandertreffen blieb es nicht immer nur bei lautstarken Schmähungen der Gegenseite.[[12]](#footnote-12) Die große Zahl Wehrwilliger stellte eine Herausforderung dar, da nicht alle kurzfristig abgefertigt werden konnten. Bis Oktober 1914 konnten Freiwillige noch über Italien in das Hoheitsgebiet der Mittelmächte gelangen. Danach kontrollierte die Royal Navy auch italienische Schiffe und versperrte damit effektiv den Weg. In den Städten sammelten sich daraufhin arbeitslose deutsche Männer. Die Bemühungen der deutschen Vereinigungen, Abhilfe zu schaffen, hatten nur begrenzten Erfolg.[[13]](#footnote-13)

Patriotische Aufmärsche an nationalen Feiertagen wie zum Beispiel Bismarcks Geburtstag oder dem 14. Juli verbunden mit dem öffentlichen Singen der Nationalhymnen, dem Hissen der Flagge und Spendenaufrufen riefen den Krieg auch dann noch immer wieder in Erinnerung, als man sich in Lateinamerika an das Völkermorden im entfernten Europa bereits mehr oder weniger gewöhnt hatte. Größere Mobilisierungserfolge ließen sich damit jedoch nicht mehr erzielen. Das galt selbst nach dem portugiesischen Kriegsbeitritt im März 1916, der in Brasilien die Gemüter kurzfristig erhitzte. Die Opferbereitschaft unter den Auswanderern blieb nach der anfänglichen Euphorie eher begrenzt und beschränkte sich in erster Linie auf die Angehörigen der Mittelschichten.[[14]](#footnote-14)

Stellten die Aktivitäten der nationalen Minderheiten die Neutralität der lateinamerikanischen Staaten zumindest potenziell in Frage, so war auch das Schicksal der bei Kriegsausbruch in Europa befindlichen Lateinamerikaner nicht unproblematisch. Die Konsulate berichteten von Staatsangehörigen, die schnellstmöglich zurück in ihre Heimat wollten. Ein Beispiel stellten die schätzungsweise rund 5.000 Chilenen dar, von denen sich etwa zehn Prozent mit der Bitte um Hilfe an die Vertretungen ihres Landes wandte, weil sie wie in England wegen ihrer deutschen Vorfahren inhaftiert oder andernorts wegen ihrer Abstammung zwangsrekrutiert wurden.[[15]](#footnote-15) Angesichts der vorrückenden deutschen Heere kam es im August 1914 zum panikartigen Aufbruch vieler Lateinamerikaner aus Paris. Viele flohen vorübergehend nach Spanien, kehrten aber 1915 bereits wieder zurück. Andere hielten in Paris aus und betätigten sich als Kriegsberichterstatter.[[16]](#footnote-16) Wieder andere meldeten sich freiwillig und gaben ihr Leben zur Verteidigung Frankreichs, wobei es sich teils um mehr oder weniger bekannte Intellektuelle handelte, wie etwa der Peruaner José García Calderón, Bruder des bekannteren Diplomaten und Schriftstellers Ventura, oder der Kolumbianer Hernando de Bengoechea. Insgesamt ging die ursprünglich sehr hohe Gesamtzahl der Lateinamerikaner in Paris während des Ersten Weltkriegs stark zurück.[[17]](#footnote-17) Die Wehrpflichtigen und Freiwilligen aus Lateinamerika fielen angesichts der Massenmobilisierungen in Europa zahlenmäßig ebenso wenig ins Gewicht wie die Lateinamerikaner, die in ihre Heimat zurückkehrten. Allerdings fungierten sie als Augenzeugen, die das Erlebte weitergeben konnten.

Schon bald kam man in Lateinamerika zu der Erkenntnis, dass sich angesichts der Neuartigkeit eines globalen Kriegs auch die Art der Neutralität ändern müsste. Manche forderten, eine aktive müsse die bislang passive Interpretation der Neutralität ersetzen, denn sonst trügen die Kriegsteilnehmer ihren Konflikt als Wirtschafts- und Handelskrieg in die unparteiischen Länder hinein. [[18]](#footnote-18) Die lateinamerikanischen Staaten blieben daher auch angesichts der politischen Herausforderung des Kriegs in Europa keineswegs passiv. Noch 1914 wendeten sich etwa Chile und Argentinien an die Panamerikanische Union in Washington D.C., um über die Herausforderungen der Neutralität zu diskutieren. Der ekuadorianische Gesandte schlug vor, jeglichen Übergriff in den neutralen amerikanischen Seegebieten als Übergriff gegen die amerikanischen Staaten in ihrer Gesamtheit zu werten und gemeinsam zu ahnden. Dieser Auffassung schlossen sich die peruanische und die brasilianische Regierung an, jedoch warf US-Außenminister William J. Bryan ein, dass eine solche weitgehende Maßnahme erst nach dem Krieg greifen könne, weil sie zu dem Zeitpunkt einer Seite mehr nützte als der anderen. [[19]](#footnote-19) Daraufhin regte Venezuela Ende 1914 eine Initiative zu einer Konferenz der Neutralen an, die jedoch im Sand verlief. 1915/1916 wurde das Projekt einer Liga der Neutralen im panamerikanischen Rahmen weiter diskutiert. Präsident Wilson strebte einen Vertrag aller amerikanischen Staaten an, der die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität, friedliche Streitschlichtung sowie die Nichtanerkennung von Revolutionen garantieren sollte. Die gemeinsame Verteidigung der Neutralität, auf die einige lateinamerikanische Staaten seit 1914 gedrängt hatten, enthielt der Vorschlag nicht. Die Regierungen Chiles und El Salvadors lehnten diese Ideen ohnehin grundsätzlich ab, weil sie territoriale Forderungen ihrer Nachbarn fürchten. [[20]](#footnote-20)

Eine Form internationaler Zusammenarbeit bahnte sich zunächst nur im kleineren subregionalen Rahmen an. Am 25. Mai 1915 schlossen die drei an der Vermittlung im US-amerikanisch-mexikanischen Konflikt beteiligten Staaten Argentinien, Brasilien und Chile den sogenannten ABC-Vertrag, der die obligatorische Streitschlichtung durch neutrale Kommissionen vorsah.[[21]](#footnote-21) Handelte es sich 1914 noch um ein Verfahren zur friedlichen Streitschlichtung, das das lateinamerikanische Selbstbewusstsein gegenüber USA ausdrückte, so verschob sich die Intention mit dem Kriegsausbruch in Europa. Der Vertrag verfolgte das Ziel, den Frieden zu sichern aber auch die Rechte der Neutralen im Krieg der Europäer und gegen die Hegemonialansprüche der US-Amerikaner zu stärken. Der amerikanische Kontinent sollte sich damit als Vorbild gegenüber dem kriegerischen Europa erweisen.[[22]](#footnote-22)

Kritik am Vertrag ließ sich jedoch sofort aus den nicht daran beteiligten lateinamerikanischen Staaten vernehmen. Uruguay lehnte den damit verbundenen Vorherrschaftsanspruch der drei Nachbarn ab. Die ekuadorianische und peruanische Presse sprachen gar von »Größenwahn« und die Bolivianer wollten dem eine Art Andenpakt entgegensetzen.[[23]](#footnote-23) Nicht einmal intern war der Vertrag mehrheitsfähig, denn das chilenische und das argentinische Parlament ratifizierten ihn nicht. Das ABC blieb daher nur eine Episode.[[24]](#footnote-24) Eine außenpolitische Eigenständigkeit oder gar eine Emanzipation vom Führungsanspruch der Vereinigten Staaten war damit nicht zu erreichen.

Lateinamerika fand weder im Panamerikanismus US-amerikanischer Prägung noch durch die Kooperation untereinander zu einer gemeinsamen politischen Linie in der Stellungnahme zum Krieg oder gar zu Planungen für eine kollektive Verteidigung gegen Übergriffe auf die Neutralität und Souveränität im Verlauf der Kampfhandlungen. Die politischen Eliten waren sich wohl bewusst, dass man in diesem Krieg mit seinen neuartigen globalen Dimensionen nicht einfach abseits stehen konnte. So hieß es in einem vertraulichen Rundschreiben des chilenischen Außenministeriums an die Auslandsgesandtschaften, dass der Krieg eine für Lateinamerika schwierige Situation schaffe, da die Interessen der Krieg führenden Mächte sich eben nicht auf Europa beschränkten, sondern globale Ausmaße hatten.[[25]](#footnote-25) Wie richtig diese Aussage war, zeigte sich schon in den ersten Kriegsmonaten, als der Seekrieg den Konflikt in lateinamerikanische Gewässer trug. Die meisten lateinamerikanischen Staaten waren mit der Aufgabe überfordert, ihre Küsten effektiv zu überwachen und dafür zu sorgen, dass die kriegführenden Mächte ihr Hoheitsgebiet nicht missbrauchten.[[26]](#footnote-26)

Jedoch verfügten die Mittelmächte nach der Ausschaltung des Pazifikgeschwaders Anfang 1915 über keine Möglichkeiten mehr, um die alliierte Seeblockade im Südatlantik zu durchbrechen. Der Einsatz von Handels- oder Passagierschiffen als Hilfskreuzer oder Versorger wie in den ersten Kriegsmonaten üblich hatte daher keinen Sinn mehr. Daher ließen sich die deutschen Handelsschiffe in der Region in lateinamerikanischen Häfen internieren, um nicht von den Alliierten aufgebracht zu werden. Mit der Frage der Verwendung der internierten Schiffe in zum Beispiel in brasilianischen und chilenischen Häfen trat Anfang 1916 ein neuer Konfliktherd in den Mittelpunkt des Interesses. Diese Schiffe stellten einen hohen wirtschaftlichen Wert dar. Aufgrund des allgemeinen Schiffsraummangels und des Anstiegs der Frachtpreise kam ihnen eine wachsende Bedeutung zu. Ziel der Alliierten war es, die lateinamerikanischen Regierungen durch diplomatischen und wirtschaftlichen Druck zur Beschlagnahme der deutschen Handelsschiffe zu bewegen. Die zusätzliche Tonnage konnte wegen der Seeblockade direkt oder indirekt nur ihnen nutzen. Regierungsvertreter Brasiliens und Chiles äußerten im Lauf des Jahres 1916 gegenüber den deutschen Reedereien und Gesandten den Wunsch nach Charterung der internierten Schiffe. Im Falle einer Weigerung wurde mit der Beschlagnahme gedroht. Der deutschen Reichsleitung gelang es jedoch immer wieder, eine Entscheidung hinauszuzögern.[[27]](#footnote-27) Letztlich war zu diesem Zeitpunkt noch keine lateinamerikanische Regierung bereit, die Konsequenzen der Enteignung, nämlich den Bruch mit Deutschland, zu tragen.[[28]](#footnote-28)

In der Tat blieb die Behandlung der Schiffe kriegführender Nationen in den lateinamerikanischen Häfen ein großes Problem. Wiederholt waren die diplomatischen Vertreter beider Kriegsparteien der Meinung, dass die Schiffe der Kontrahenten bevorzugt behandelt wurden und es gab vielfache Proteste.[[29]](#footnote-29) Die lateinamerikanischen Regierungen antworteten auf die entsprechenden Demarchen mit dem Verweis auf ihre Interpretation des geltenden Rechts. Da es sich bei Fragen wie der Verweildauer von Schiffen kriegführender Staaten letztlich um rechtliche Grauzonen handelte, konnten die europäischen Mächte ihre Position durch diplomatischen Druck jedoch durchsetzen, wobei die Alliierten im Zweifelsfall aufgrund der Kontrolle der Seewege am längeren Hebel saßen.[[30]](#footnote-30)

Daran änderte letztlich auch die deutsche Maßnahme gegen die Blockade nichts, der unbeschränkte U-Boot-Krieg. Der Handelskrieg mit U‑Booten war eine der neuartigen Formen der Kriegführung, die die Londoner Deklaration nicht regelte und die Handel und Schifffahrt der Neutralen massiv bedrohten.[[31]](#footnote-31) Die als Vergeltung deklarierte deutsche Maßnahme vom 4. Februar 1915 wurde in Lateinamerika kontrovers diskutiert und heftig kritisiert. Letztlich nahm sich die deutsche Reichsleitung das Recht heraus, Handelsschiffe in dem von ihr angegebenen Blockadegebiet um die britischen Inseln und Irland sowie im Ärmelkanal ohne Vorwarnung zu versenken. Dies konnte, wie die Reichsleitung warnte, im Fall einer Verwechslung auch neutrale Schiffe treffen. Der Zeitpunkt der Erklärung war keinesfalls zufällig, stand doch im Februar die Verschiffung der argentinischen Weizenernte nach Großbritannien an.[[32]](#footnote-32) Die Versenkung der Lusitania am 7. Mai 1915 durch ein deutsches U-Boot verursachte auch in Lateinamerika heftige Empörung, nicht zuletzt weil unter den Opfern viele Frauen und Kinder waren.[[33]](#footnote-33) Den anschließenden Notenwechsel zwischen Washington und Berlin verfolgten die Öffentlichkeiten in Lateinamerika mit gespannter Aufmerksamkeit und man atmete auf, als der U-Boot-Krieg im September vorübergehend wieder eingeschränkt wurde.

Ein Jahr später fiel erstmals ein – vermeintlich – lateinamerikanisches Schiff den deutschen U-Booten zum Opfer. Am 2. Mai 1916 wurde der Dampfer Rio Branco versenkt. Dieses Vorkommnis stand im Kontext des von der deutschen Marineleitung erneut verschärften U-Boot-Kriegs, der die vorwarnungslose Versenkung bewaffneter Handelsschiffe vorsah. In Brasilien löste dies einen Sturm der Entrüstung aus. Allerdings zeigte sich schon bald, dass die Rio Branco im November des Vorjahres nach Norwegen verkauft und von den Briten gechartert und bewaffnet worden war. Das Schiff trug unerlaubterweise die brasilianische Flagge und beförderte zudem Konterbande.[[34]](#footnote-34) Daher protestierte die brasilianische Regierung nicht offiziell. Noch im Mai 1916 schränkte die deutsche Reichsleitung dann den U-Boot-Krieg nach der Versenkung des Passagierschiffes Sussex erneut auf Druck der USA wieder ein. An den Reaktionen der öffentlichen Meinung zeigt sich, dass die Frage des U-Boot-Kriegs erhebliche Brisanz enthielt und die Neutralität der lateinamerikanischen Staaten gefährden konnte.[[35]](#footnote-35)

Nicht nur in der U-Boot-Frage war die deutsche Kriegführung immer wieder Stein des Anstoßes in Lateinamerika. Die lateinamerikanischen Außenministerien diskutierten schon den Überfall auf das neutrale Belgien intensiv. Insbesondere die »globale Strategie« Deutschlands, mit der Berlin die Briten in ihrem Empire treffen wollte, sollte den Krieg auch in das *informal empire* Lateinamerika tragen.[[36]](#footnote-36) Das nahm unterschiedliche Formen an. Mit Kriegsbeginn setzte eine rege Betriebsamkeit deutscher Agenten in den Amerikas ein. Zahlreiche Gerüchte über mehr oder weniger utopische Projekte von der Rekrutierung von Auslandsdeutschen in Chile für den Kampf in den deutschen Kolonien in Afrika, bis hin zur Sabotage des Panamakanals waren im Umlauf, wurden aber nie umgesetzt.[[37]](#footnote-37) Konkreter ließ sich die Idee nutzen, soziales Unruhepotenzial in den Kolonien zu schüren. So dachten die Planer etwa über die Anstachelung von Aufständen in Jamaika nach.[[38]](#footnote-38) Bekannt sind die deutschen Bemühungen, die Aufstandsbewegung gegen die Briten in Indien zu fördern. Diese Aktivitäten hatten eine amerikanische Dimension, denn dabei kam die Möglichkeit der Schaffung einer Hindu-Republik in Trinidad und Tobago oder in Britisch Guayana zur Sprache, wo bereits zahlreiche Auswanderer aus Indien lebten.[[39]](#footnote-39)

Neben der Stoßrichtung gegen das britische Empire handelte es sich um ein weiteres Ziel der deutschen Kriegführung, die Vereinigten Staaten in Lateinamerika zu binden. Der Hauptschauplatz dieser Bemühungen des Deutschen Reichs war Mexiko. An dem Geheimkrieg, der bereits seit 1910 im Gang war, beteiligten sich Diplomaten, Agenten und auch Staatsbürger der anderen europäischen Länder und der Vereinigten Staaten. Mexiko war aus verschiedenen Gründen von besonderem Interesse: erstens wegen seiner geographischen Nähe zu den Vereinigten Staaten, zweitens wegen der strategischen Bedeutung der mexikanischen Ölquellen und drittens aufgrund der unsicheren innenpolitischen Verhältnisse der revolutionären Bürgerkriege. Wie der Historiker Friedrich Katz nachweisen konnte, bemühte sich die Reichsleitung vor allem darum, die ohnehin vorhandenen US-amerikanisch-mexikanischen Spannungen zu fördern. Durch die Provokation eines militärischen Engagements in Mexiko wollte die Reichsregierung die Aufmerksamkeit Wilsons vom europäischen Kriegsschauplatz ablenken, die Waffenlieferungen an die Alliierten unterbinden und die Gefahr eines Kriegseintritts der USA auf Seiten der Alliierten verringern.[[40]](#footnote-40)

Von der Botschaft in Washington aus koordinierten die Deutschen ihre Geheimdienstarbeit in Mexiko und verfolgten dabei zunächst den Plan, Huerta aus dem spanischen Exil durch einen Putsch zurück an die Macht zu bringen. Mit Recht spekulierte Berlin, dass dies die US-amerikanisch-mexikanischen Beziehungen schwer belasten würde. Der Plan scheiterte, denn auf der Durchreise nahm der U.S. Secret Service Huerta fest. Der Mexikaner starb 1916 in einem Gefängnis in Texas.[[41]](#footnote-41) Im Zusammenhang mit dem Umsturzprojekt stand vermutlich auch der sogenannte Plan von San Diego, einem kleinen Ort in Texas, vom 6. Januar 1915. Das Dokument, dessen Autoren unbekannt sind, rief Latinos, Afroamerikaner und Asiaten zu einem Aufstand in den ehemaligen mexikanischen Territorien im Südwesten der Vereinigten Staaten auf, um dort eine unabhängige Republik zu gründen, die sich später eventuell Mexiko anschließen sollte. Im Zuge dieser bewusst als »Rassenkrieg« bezeichneten Rebellion sollten alle »weißen« Angloamerikaner über 16 Jahre standrechtlich erschossen werden. In der Tat häuften sich 1915 bis 1917 bewaffnete Angriffe in der Region. Um Vergeltung zu üben, organisierte sich eine Law and Order League und verübte Lynchmorde an mexikanischstämmigen US-Amerikanern. Die US-amerikanische Boulevardpresse schrieb die Übergriffe mal deutschen, mal mexikanischen Machenschaften zu. Inwieweit der deutsche Geheimdienst den Plan von San Diego tatsächlich finanziell gestützt oder gar initiiert hat, ist allerdings unbekannt.[[42]](#footnote-42)

Auch die Regierung der USA tappte im Dunkeln. So stellte Secretary of State Robert Lansing in einem persönlichen Memorandum vom Oktober 1915 fest, es habe den Anschein als unterstütze Deutschland alle revolutionären Fraktionen in Mexiko, um den Bürgerkrieg zu schüren und dadurch die USA zu schwächen.[[43]](#footnote-43) Anfang 1916 stellte der Geheimdienst der US-Marine fest, dass die deutschen Machenschaften in Lateinamerika bereits in der Vorkriegszeit mehrfach zu Krisen geführt hätten. Bei der Polemik in der deutschen Presse gegen die Monroe-Doktrin, dem Druck der Reichsregierung auf das hoch verschuldete Haiti und dem Bau von Funkstationen im karibischen Raum handelte es sich demnach um direkte Vorläufer der aggressiven Mexikopolitik.[[44]](#footnote-44) In der Tat suchte die deutsche Seite Ende 1915 einen neuen Verbündeten in Mexiko und fand ihn in Carranza. Der Mexikaner war an einer begrenzten Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich gegen den übermächtigen Nachbarn im Norden interessiert. Dafür kamen aus Sicht Carranzas zwar Deutschland und Japan in Frage. Da die Japaner allerdings nur Waffenverkäufe anbieten wollten und sich ansonsten auf die Expansion in China konzentrierten, blieb das Deutsche Reich der attraktivere Partner.[[45]](#footnote-45)

Die Parallelität des deutschen und mexikanischen Gegensatzes zu den USA wurde deutlich als einerseits Washington und Berlin wegen der U‑Bootfrage schon 1915/1916 am Rand eines Kriegs standen und als sich andererseits Mexiko Anfang 1916 zu einem offenen Krisenherd entwickelte. Am 9. März 1916 attackierte der Gegner Carranzas und Revolutionsführer des Nordens, Francisco »Pancho« Villa, die US-amerikanische Grenzstadt Columbus in New Mexico. Die verlustreiche Schlacht zog eine Strafexpedition unter General John J. Pershing nach sich, der bis zum Februar 1917 fast ein Jahr lang in Mexiko Jagd auf Villa machte. Die Ablehnung der Strafexpedition ging in Mexiko quer durch die revolutionären Fraktionen und heftige Angriffe gegen die Politik der USA in der mexikanischen Presse waren die Regel.[[46]](#footnote-46) Es ereigneten sich zahlreiche Gefechte, von denen das von El Carrizal am 21. Juni 1916 zwischen Pershing und den Regierungstruppen Carranzas besonders wichtig war. Ohne offiziell den Krieg zu erklären, war damit ein neuer Tiefpunkt in den US-amerikanisch-mexikanischen Beziehungen erreicht. Die Kriegsgefahr war zum Greifen nah. Letztlich verhinderte nur Wilsons Sorge wegen der Entwicklungen in Europa die Kriegserklärung an Mexiko seitens der USA. Die Ereignisse von 1916 bestärkten die US-Regierung in der Überzeugung, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen den Problemen in Mexiko und den Geschehnissen in Europa gab, wobei Deutschland als Unruhestifter galt.[[47]](#footnote-47) Dass andere Länder der Region diesen Eindruck teilten, zeigen Presseberichte aus Südamerika.[[48]](#footnote-48)

Die Vermutung war nicht abwegig, denn Carranza suchte im Lauf des Jahres 1916 in der Tat eine engere Zusammenarbeit mit den Deutschen, da ein anderes Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten seit dem Kriegsausbruch nicht verfügbar war. Trotz seiner erheblichen Erdölinteressen in Mexiko war Großbritannien viel zu stark von den Nachschublieferungen aus den USA abhängig, als dass es eine eigenständige Politik hätten wagen können. Das galt auch für Frankreich.[[49]](#footnote-49) Ende des Jahres trafen sich Carranza und der deutsche Gesandte zu Gesprächen. Der Staatschef bot ein neues, für das Deutsche Reich vorteilhaftes Handelsabkommen und eine U-Bootbasis an und wünschte sich dafür die Entsendung deutscher Militärinstrukteure, Experten für den Aufbau einer Munitionsfabrik sowie die Lieferung von U-Booten und Funkstationen.[[50]](#footnote-50) Da Berlin zu diesem Zeitpunkt noch hoffte, die USA neutral zu halten, blieb der Gesandte unverbindlich. Das sollte sich jedoch wenige Monate später ändern.[[51]](#footnote-51) Carranzas Annäherungsversuche waren auf seine Furcht vor der Eskalation des Konflikts mit den USA zurückzuführen. Die wirtschaftliche Blockade des Nachbarlands machte Mexiko schwer zu schaffen und die mehr oder weniger offenen Putschpläne gegen ihn, trugen zusätzlich zur Verunsicherung bei. Carranzas prodeutsche Politik war daher durchaus nachvollziehbar, denn auch nach innen wirkte sie machtstabilisierend, da sie umsturzbereite deutschfreundliche Militärs befriedete.[[52]](#footnote-52)

Mexiko war nicht der einzige Krisenherd, in dem während des Weltkriegs die Interessen von Europäern, den Vereinigten Staaten und den betroffenen Ländern hart aufeinanderstießen. Mit Blick auf Lateinamerika öffnete der Konflikt in Europa den USA ungeahnte Möglichkeiten. Als Schutz- und Polizeimacht hatte sich Washington in politisch-militärischer Hinsicht vor allem in Zentralamerika und der Karibik bereits vor dem Krieg fest etabliert. Das strategische Interesse der USA an ihrem so genannten »Hinterhof« stieg mit der Eröffnung des Panamakanals am 15. August 1914 weiter an. Mit dem Argument des Schutzes des Kanals vor den Übergriffen der Kriegsparteien und angesichts des kriegsbedingten Ausfalls der Europäer konnten die Vereinigten Staaten ihren Anspruch als Hegemonialmacht der gesamten westlichen Hemisphäre nun offener und offensiver denn je vertreten. Dies war umso wichtiger, als sich die Krisen in den Beziehungen zum Deutschen Reich 1916 zuspitzten.[[53]](#footnote-53) So besetzten die Vereinigten Staaten 1916 die Dominikanische Republik, wo sie eine Militärregierung errichteten und bis 1924 präsent blieben. Kuba, wo die Intervention 1917 (bis 1922) begann und Nicaragua, wo die US-Amerikaner bereits 1912 einmarschiert waren (bis 1925), blieben ebenfalls unter ihrer Kontrolle, wobei hier im Gegensatz zur Dominikanischen Republik die staatliche Souveränität zumindest de jure gewahrt wurde. 1916 sicherte sich Washington durch die Ratifizierung des Bryan–Chamorro-Vertrags in Nicaragua exklusive Rechte für den Bau eines interozeanischen Kanals mitsamt Interventionsrecht im Fall innerer Unruhen sowie Flottenstützpunkte unter anderem im Golf von Fonseca. 1917, wenige Tage vor ihrem Kriegseintritt, kauften die USA dann die dänischen Jungferninseln. Auf friedlichem Weg bemühte sich Präsident Wilson darüber hinaus darum, das seit den 1890er-Jahren geschaffene lose panamerikanische System aus wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen unter US-amerikanischer Führung auszubauen.[[54]](#footnote-54)

Die erste US-amerikanische Intervention nach Ausbruch des Weltkriegs fand bereits 1915 in Haiti statt. Wie Mexiko lag auch Haiti in der unmittelbaren Einflusssphäre der Vereinigten Staaten. Wie auch in Mexiko fürchteten die US-Amerikaner, der kleine Inselstaat könne unter deutsche Kontrolle fallen, denn er galt als in besonderem Maß unterwandert und bot mit Môle St. Nicholas einen strategisch günstig gelegenen Flottenstützpunkt mit Blick auf die Schifffahrtsrouten zum Panamakanal.[[55]](#footnote-55) In der Tat hatten Händler aus dem Deutschen Reich in der Vorkriegszeit in Haiti gute Geschäfte gemacht. Das galt auch für Investoren aus Frankreich, das als weiterer Konkurrent noch im Rennen um die Vorherrschaft im Land war. Angesichts der staatlichen Desintegration und ausstehender Auslandsschulden übten die deutsche und die französische Regierung 1914 erheblichen Druck auf das Land aus. Getreu dem Roosevelt Corollary wollte die US-amerikanische Außenpolitik verhindern, dass der europäische Einfluss in Amerika zunahm. Daher kam der Kriegsausbruch Washington sehr gelegen. Nun konnten die USA die eigenen wirtschaftlichen und militärischen Interessen ohne Rücksicht auf die Europäer verfolgen. Am 28. Juli 1915 marschierten die Marines in Haiti ein. Die Besatzer sollten bis 1934 im Land bleiben.[[56]](#footnote-56)

Neben dem US-amerikanischen Interventionismus offenbarten sich auf einem weiteren politisch sensiblen und militärstrategisch wichtigen Gebiet, der Funkentelegraphie, kriegsbedingte Probleme für die lateinamerikanischen Neutralen. Bereits kurz nach Kriegsausbruch hatte die britische Marine die deutschen Überseekabel gekappt. Vom Weltnachrichtenverkehr abgeschnitten, bemühte sich die deutsche Regierung die neuartige Funkentelegraphie zu einem vollwertigen Ersatz für die Kabel weiterzuentwickeln und das Nachrichtenmonopol der Entente zu brechen. Damit verfolgten sie das Ziel, einerseits die deutsche Propaganda in den Amerikas zu verbreiten und andererseits die Kommunikationsverbindungen mit den wichtigen deutschen Minderheiten dort aufrechtzuerhalten. Genau aus diesen Gründen drängten die Regierungen der Alliierten die lateinamerikanischen Staaten zur Stilllegung von Funkstationen. Außerdem argumentierten sie, dass den in lateinamerikanischen Häfen ankernden Schiffen aller Kriegsführenden die Benutzung der Funkentelegraphie verboten werden musste, da andernfalls ein Bruch der Neutralität vorlag.[[57]](#footnote-57) Die Alliierten selbst konnten aufgrund ihrer Seeüberlegenheit auf die Verwendung des Funks von neutralen Häfen aus notfalls verzichten. Die Regierungen der betroffenen Staaten Lateinamerikas reagierten, indem sie die geforderten Verbote aussprachen, doch kam es gerade in diesem modernen, noch kaum durch internationale Absprachen geregelten Bereich zu häufigen Übertretungen. Für die lateinamerikanischen Regierungen war es sehr problematisch, effektiv zu kontrollieren, wo und wie Funkstationen auf ihrem Staatsgebiet betrieben wurden. Das sahen auch die alliierten Diplomaten ein.[[58]](#footnote-58) Dennoch sparten sie nicht mit Protesten.[[59]](#footnote-59)

Dabei lag das Zentrum des transatlantischen Funkverkehrs gar nicht in Lateinamerika, sondern in den Vereinigten Staaten. Zentral wichtig waren die seit 1912 von der Telefunken-Gesellschaft betriebenen Stationen Sayville auf Long Island und Tuckerton in New Jersey, USA, die bis Anfang 1917 die Kommunikation der deutschen Großstation Nauen bei Berlin mit der westlichen Hemisphäre ermöglichten. Für die Verbindung von New York nach Süden bestand bereits seit 1912 eine sendeschwächere Telefunken-Station im kolumbianischen Cartagena.[[60]](#footnote-60) Der Vertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und Telefunken sah vor, dass die Station im Falle eines Kriegs oder innerer Unruhen nur unter staatlicher Aufsicht und Zensur funktionieren darf. Dies war nach Kriegsausbruch aus Sicht der englischen Gesandtschaft aber nicht der Fall, da es schlicht an geeigneten Experten fehlte. So kam es 1914 zu einer vorübergehenden Schließung und Entlassung der deutschen Techniker. Allerdings bemühten sich die Kolumbianer nach der Schließung, eine neue Funkverbindung über die USA herzustellen, um nicht von der Nachrichtenübermittlung über die Kabel der Alliierten abhängig zu sein.[[61]](#footnote-61) Erst als ein kolumbianischer Fachmann gefunden war, der die Kontrolle übernehmen konnte, durfte die Telefunken-Station den Betrieb unter Zensurbedingungen wieder aufnehmen.[[62]](#footnote-62)

Da die britischen Proteste andauerten, schlug der deutsche Gesandte in Bogotá im Dezember 1914 vor, die Station bis Kriegsende komplett stillzulegen und auf Schadensersatzansprüche zu verzichten. Diesen Vorschlag nahm die kolumbianische Regierung dankbar an.[[63]](#footnote-63) Mit der Stilllegung der ohnehin schwachen Station in Cartagena begannen die deutschen Repräsentanten die Suche nach Ersatzlösungen für ihr geplantes Weltfunknetz. Laut dem US-Militärattaché bemühte sich Telefunken bereits im Oktober 1914 vergeblich um eine Konzession für den Bau einer Funkstation in Guatemala.[[64]](#footnote-64) Erfolgreicher war die Kooperation mit den Niederlanden. Schon 1916 errichtete Telefunken Stationen auf Java und in Niederländisch-Guayana. In Mexiko agierten die deutschen Interessen mittels einer US-amerikanischen Tarnfirma intensiv, seit die US-Regierung Mitte 1915 Sayville und Tuckerton unter die Aufsicht der Zensur gestellt hatte. Die seit der Vorkriegszeit von Telefunken betriebene Funkstation in Chapultepec sollte ausgebaut und Mexiko damit zur neuen zentralen Schaltstelle im deutschen Funknetz werden, für das allein in Lateinamerika Stationen in zehn Ländern vorgesehen waren. Die Regierung Carranza war sehr an diesem Ausbau interessiert, um sich von den Vereinigten Staaten unabhängig zu machen, deren Nachrichtendienste ein einseitig negatives Bild von der Revolution verbreiteten. Allerdings ergaben sich technische und finanzielle Probleme, galt es doch, zusätzlich dreitausend Kilometer zu überbrücken und sich im Wettbewerb gegen englische und US-amerikanische Konkurrenten durchzusetzen, die ebenso wie die Deutschen Monopolkonzessionen für die Einrichtung der neuen Technologie in Lateinamerika anstrebten. Die deutschen Pläne für ein weltumspannendes Funknetz ließen sich allerdings nicht zuletzt aufgrund technischer Schwierigkeiten bis Anfang 1917 noch nicht verwirklichen.[[65]](#footnote-65)

**2.) Wirtschaftliche Bedrohungen**

Die stärkste Beeinträchtigung der Neutralität Lateinamerikas ergab sich allerdings weniger auf dem politischen als auf dem wirtschaftlichen Terrain. Der Krieg brachte den Zusammenbruch der liberalen Weltwirtschaft, die für die Globalisierungsphase seit Mitte des 19. Jahrhunderts prägend gewesen war. Gerade für die von den Weltmärkten abhängigen rohstoffexportierenden Länder Lateinamerikas hatte dies gravierende Folgen.[[66]](#footnote-66) So stellten zeitgenössische Beobachter wie der chilenische Journalist Carlos Silva Vildósola bei Kriegsausbruch fest, dass die Auswirkungen des Kriegs vor allem deshalb ernst zu nehmen waren, weil Lateinamerika seit dem 19. Jahrhundert von den Märkten und dem Kapital Europas abhing.[[67]](#footnote-67) Der brasilianische Gesandte in London prognostizierte bereits Mitte August 1914, dass der Krieg, wie lange er auch andauere, die Weltwirtschaft auf Jahrzehnte zerrütten und damit auch die lateinamerikanischen Volkswirtschaften hart treffen werde.[[68]](#footnote-68) Neben den indirekten Folgen waren jedoch auch die direkten Kriegsfolgen ökonomisch einschneidend. Der Konflikt wuchs sich schnell zum totalen Krieg aus. Die Kriegsparteien führten ihn in einer noch nicht dagewesenen Form als Wirtschaftskrieg und es ging ihnen um die globale Mobilisierung aller Ressourcen nicht zuletzt der lateinamerikanischen. Wie gestaltete sich die wirtschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen eines globalen Kriegs? Welche Wirkungen hatte der Wirtschaftskrieg in der Region?

Schon 1912 und 1913 hatte sich die spürbare Zurückhaltung der europäischen Kapitalanleger angesichts der Balkankrisen in manchen Ländern wie etwa Argentinien und Brasilien negativ bemerkbar gemacht.[[69]](#footnote-69) Dies alles sollte jedoch im August 1914 in den Schatten gestellt werden. Die Angst vor den wirtschaftlichen Folgen war ein wesentlicher Grund für die Massenaufläufe in vielen Großstädten in den ersten Kriegstagen. Angesichts der sich überschlagenden Neuigkeiten aus Europa machte sich Panikstimmung breit. Die Regierungen reagierten mit Notmaßnahmen darauf und dekretierten Bankfeiertage, um einem Run vorzubeugen. Ferner verkündete man Moratorien auf den internen und externen Schuldendienst und erließ Ausfuhrbeschränkungen. Von den von Bill Albert untersuchten vier südamerikanischen Staaten konnte nur Chile darauf verzichten, allerdings erklärte Santiago ein Moratorium auf Goldzahlungen.[[70]](#footnote-70)

Die Moratorien waren auch eine Antwort auf das abrupte Ende des Kapitalzuflusses aus Europa. Seit der Unabhängigkeit hatten alle lateinamerikanischen Regierungen mehr oder weniger stark am Tropf der Börse in London gehangen. Im Lauf des 19. Jahrhunderts kamen direkte und indirekte Investitionen aus Frankreich und dem Deutschen Reich hinzu.[[71]](#footnote-71) Im August 1914 war es dann plötzlich nicht mehr möglich neue Anleihen aufzunehmen. Die kriegführenden Regierungen kündigten die ausstehenden Kredite und forderten die Gelder zurück. Die Londoner Börse schloss gar bis Jahresende vollständig und öffnete im Januar 1915 auch nur unter einschneidenden Restriktionen wieder ihre Türen.[[72]](#footnote-72) Dass die Umschuldung langfristiger Staatsanleihen nun nicht mehr möglich war, musste etwa die brasilianische Regierung schmerzlich zur Kenntnis nehmen.[[73]](#footnote-73) Allerdings waren keineswegs nur die großen Schuldner wie Argentinien und Brasilien betroffen, denn das Auslandskapital war in allen Ländern der Region unverzichtbar. In finanzieller Hinsicht waren in der Tat Alle mit Allen verflochten, umso heftiger wirkte die Lähmung durch den Krieg. Selbst im abgelegenen Paraguay, das eine relativ geringe Einbindung in den Weltmarkt aufwies, fühlte man die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs sofort.[[74]](#footnote-74)

Darüber hinaus führte die Unterbrechung der Transportverbindungen aufgrund der englischen Seeblockade zu einer enormen Einschränkung der Handelsbeziehungen zu Europa. Das machte sich im Wirtschaftsleben Lateinamerikas sofort nach Kriegsausbruch schmerzlich bemerkbar. Die Schiffe für den lebensnotwendigen Außenhandel blieben aus.[[75]](#footnote-75) Sofort nach Kriegsausbruch stellten die deutschen, österreichischen und französischen Dampferlinien am La Plata ihren Dienst ein. An der Pazifikküste flüchteten die deutschen Handelsschiffe, die bis dahin einen großen Teil des Handels der Anrainerstaaten mit Europa abgewickelt hatten, ebenfalls in die neutralen Häfen, um nicht den Engländern in die Hände zu fallen. Der Ausfall der deutschen Schiffe war auch in Venezuela, wo die Handelshäuser aus dem Reich vor dem Krieg eine zentrale Rolle spielten, schnell spürbar.[[76]](#footnote-76) Die Briten wiederum requirierten zahlreiche Schiffe für militärische Aufgaben. Hinzu kamen noch die Einschränkungen, die die Kriegsgegner gegen die Nutzung neutralen europäischen Schiffsraums dekretierten.[[77]](#footnote-77) Der Transportraummangel sollte bis Kriegsende ein gravierendes Problem bleiben.[[78]](#footnote-78)

Die Auswirkungen auf den Außenhandel waren im ersten Moment katastrophal. Teils aufgrund der Restriktionen der Exporteure in Europa, teils aufgrund des fehlenden Schiffsraums, teils wegen der sinkenden Importkapazitäten in Lateinamerika fielen die Importe dramatisch. Der Binnenhandel insgesamt wurde schwer getroffen. Auch die wenigen industriellen Betriebe, die sich etwa in einigen Regionen Brasiliens und Chiles gebildet hatten, litten erheblich am Mangel an Rohstoffen, halbfertigen Gütern und Kapital aus Europa. Ebenso negativ gestaltete sich die Entwicklung des Exportsektors. Ab August 1914 führte der Preisverfall für Exportprodukte wie Kaffee, Zucker und Kautschuk zu spürbaren Problemen in vielen Volkswirtschaften von Mexiko über Zentralamerika bis nach Brasilien. Das hatte direkte Folgen für Länder wie Chile oder Costa Rica, deren Staatsfinanzen auf Import- bzw. Exportzölle angewiesen waren. Von Staatsdefiziten und finanziellen Schwierigkeiten blieb kein Land der Region verschont.[[79]](#footnote-79)

Überall lag Panikstimmung in der Luft. Grundlegende Notwendigkeiten des täglichen Bedarfs wie etwa die Stromversorgung standen plötzlich in Frage. In Brasilien traf sich das Kabinett mit Vertretern der Banken, um über Gegenmaßnahmen zu beraten.[[80]](#footnote-80) Letztlich konnte man hier und in den meisten lateinamerikanischen Ländern jedoch nur abwarten. Überall war man bemüht, die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen und sei es mit Polizeigewalt. Die Tageszeitung *El Día* aus Montevideo predigte Vertrauen in die Maßnahmen der Regierung und das brasilianische *Jornal do Commercio* appellierte an den Patriotismus der Landsleute. Der Leitartikel der peruanischen *La Crónica* war sogar der Meinung, dass es keinen Grund zur Beunruhigung gebe, da die Lage in Peru gar nicht krisenhaft sei.[[81]](#footnote-81)

Die Arbeitslosen, die sich wenige Tage später vor dem Verlagshaus versammelten, um auf ihre aussichtslose Lage hinzuweisen, hatten jedoch eine realitätsnähere Sicht. Die direkten Auswirkungen der Notmaßnahmen waren sofort spürbar. Da die Unternehmer kein Geld mehr hatten, um Löhne zu zahlen und den normalen Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten, reagierten sie mit Entlassungen und hofften auf bessere Zeiten.[[82]](#footnote-82) Von diesen schockartigen Auswirkungen waren alle mit dem Exportsektor verbundenen Wirtschaftszweige der lateinamerikanischen Volkswirtschaften betroffen. Das heißt, dass die Probleme über die Hafenstädte hinaus tief ins ländliche Hinterland reichten, wo Plantagen- und Bergbaubetriebe die Produktion unterbrechen mussten.[[83]](#footnote-83) Besonders betroffen war Chile, wo die Entlassungen vor allem die Arbeiter im Salpetertagebau in der Wüste Nordchiles trafen, wo es keine Alternativen gab. Hier wie andernorts wanderten Zehntausende in die Hauptstädte und die soziale Not verschärfte sich weiter.[[84]](#footnote-84) Der Kriegsausbruchsschock war also keineswegs auf die städtischen Eliten und Mittelschichten begrenzt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Kriegsausbruchs waren in den lateinamerikanischen Ländern unterschiedlich stark und dauerten unterschiedlich lange an. Als erstes wurden die Bankfeiertage wieder aufgehoben. Die Wiederaufnahme der Vergabe kurzfristiger Handelskredite war auf die alliierte Nachfrage nach lateinamerikanischen Rohstoffen zurückzuführen und wirkte sich stimulierend auf den Handel in der Region aus.[[85]](#footnote-85) Selbst im besonders hart von der Krise getroffenen Brasilien belebte sich der Handel mit Europa im November 1914 wieder, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau.[[86]](#footnote-86) Sogar der erschreckende Anstieg der Arbeitslosigkeit erschien nun lösbar, denn die Kommentatoren gingen davon aus, dass wegen der ausbleibenden Einwanderung mittelfristig sogar Arbeiter fehlen dürften.

Gingen die lateinamerikanischen Exporte anfangs in ihrer Gesamtheit zurück, ergaben sich ab der Jahreswende 1914/1915 unterschiedliche Entwicklungen, die von der Nachfrage der Alliierten abhing. Bereits 1915 wiesen die lateinamerikanischen Länder positive Handelsbilanzen auf und ab 1916 stieg auch der Wert der Importe. Allerdings fand die Erholung nicht gleichmäßig statt. Die europäische Rüstungsindustrie brauchte die strategisch wichtigen Güter wie Kupfer, Erdöl, Zinn oder Salpeter und die Ernährung der Armeen hing von Grundnahrungsmitteln wie Zucker, Weizen und Fleisch ab. Länder, die diese Güter produzierten waren im Vorteil, während andere stagnierten.[[87]](#footnote-87) Als Luxusgüter eingeschätzte Produkte wie zum Beispiel Tabak und Kaffee verloren demgegenüber ihre Absatzmärkte in Europa weitgehend. Ihre Anbieter mussten sich um Ersatz bemühen, da die Alliierten nicht bereit waren, dafür Transportraum zur Verfügung zu stellen.[[88]](#footnote-88)

Die Preise für Weizen, Häute und Fleisch stiegen. Gleichzeitig profitierte der Exportsektor der Agrarexporteure von den durch eine schlechte Ernte ausgelösten Lieferproblemen Australiens. Fleisch aus Uruguay und landwirtschaftliche Produkte aus Paraguay fanden dankbare Abnehmer.[[89]](#footnote-89) Schon 1914 waren die wirtschaftlichen Bedingungen am Río de la Plata besser als im letzten Jahr vor dem Krieg. Auch für die Zuckerproduzenten Kuba und Peru gestaltete sich die Entwicklung günstig. Die steigende Zuckernachfrage war auf den Ausfall großer Teile der europäischen Rübenzuckerernte zurückzuführen, deren Erzeuger an die Front mussten. Ebenso stark nachgefragt waren Rohstoffe wie Kupfer und Gummi sowie Alpakawolle aus Peru, sodass der peruanische Export eine vergleichsweise positive Entwicklung zu verzeichnen hatte. In Kuba trübten die Entlassungen im Tabakanbau und in den Zigarrenfabriken Havannas das Bild, doch war die Gesamtlage Anfang 1915 besser als vor dem Krieg, zumal der wichtigste Markt ohnehin die neutralen USA waren. Die chilenische Exportwirtschaft wies zweifellos die größten Schwankungen auf. War der Schock durch den Zusammenbruch der Salpeternachfrage wegen des Wegbrechens des deutschen Markts und der großen Lagerbestände in Europa zunächst besonders heftig, so war dies auch der 1915 einsetzende Aufschwung durch die enorme Nachfrage nach Stickstoff für die Herstellung von Explosivstoffen in Europa. In Brasilien, dessen Hauptexportprodukt Kaffee lange Zeit unter einer Absatzkrise litt, besserte sich die Lage nach und nach, da die Nachfrage in den Vereinigten Staaten den Verlust Europas zumindest teilweise ausglich.[[90]](#footnote-90) Selbst im revolutionären Mexiko hatte der Exportboom ab 1915 positive Auswirkungen, da die Nachfrage nach Erdöl, Kupfer, Silber und Sisal stark anstieg.[[91]](#footnote-91)

Doch war Lateinamerika keineswegs vollständig vom Glück begünstigt und in manchen Fällen blieb der wirtschaftliche Erfolg auch nur punktuell und oberflächlich. Vor allem in finanzieller Hinsicht hielten die Verwerfungen des Kriegs nachhaltig an. Es ergab sich insgesamt eine Verschiebung der Ausrichtung von den Kapitalmärkten Londons nach New York, das jedoch die europäischen Kreditgeber nicht komplett ersetzen konnte. Das Versiegen des Auslandskapitals bedeutete das Ende vieler öffentlicher Bauprojekte sowie vieler Direktinvestitionen zum Beispiel im Eisenbahnbau, wie der Fall der deutschen Firma Orenstein & Koppel in Ecuador zeigt.[[92]](#footnote-92) Obwohl der Krieg ab Anfang 1915 vielen Exporteuren die Taschen füllte, setzten sie die Profite nur selten als Ersatz für das Auslandskapital ein, sondern bauten eher den Exportsektor weiter aus.[[93]](#footnote-93) Selbst in einem von der europäischen Nachfrage begünstigten Land wie Uruguay kamen die Eliten nicht umhin, die Zerstörung des globalen Kredit- und Handelssystems zu beklagen.[[94]](#footnote-94)

Insbesondere in den Ländern, die in erster Linie tropische Plantagenprodukte exportierten, setzte sich die Kriegsausbruchkrise lange Zeit unvermindert fort. So litten etwa die Kakaoproduzenten in Ecuador und Venezuela ebenso heftig unter Absatzproblemen wie die Kaffeeexporteure in Zentralamerika.[[95]](#footnote-95) Der Verfall der Preise und der Exportmengen führte zu massiven Haushaltsdefiziten, so dass das Geld für notwendige Importe fehlte, die sich darüber hinaus stetig verteuerten. Allerdings zeigten sich graduelle Unterschiede je nach Importabhängigkeit und Stärke der Bindungen zu Europa. So waren etwa die Kaffeeexporteure stärker betroffen als die Bananenexporteure, deren Märkte vor allem in den Vereinigten Staaten lagen. Die innenpolitische Lage gestaltete sich in einem stark von Lebensmittelimporten abhängigen Land wie Costa Rica und phasenweise auch in Honduras sehr instabil. Die von den Regierungen dekretierten Gegenmaßnahmen zur Steigerung der heimischen Produktion waren wenig erfolgreich.[[96]](#footnote-96)

Selbst für die Länder, die vom Exportboom ab 1915 profitierten, konnte dieser Schattenseiten bergen. Wie der Historiker Bill Albert nachgewiesen hat, führte etwa die große Nachfrage nach peruanischer Baumwolle seitens der Alliierten ab 1915 zu kräftig steigenden Preisen, worauf die Produzenten mit der Ausweitung der Anbauflächen reagierten. Dementsprechend war der Anbau von Lebensmitteln rückläufig, was zum Anstieg der Lebensmittelpreise und zu sozialen Unruhen in Peru beitrug.[[97]](#footnote-97) Die einseitige Abhängigkeit Chiles vom Salpeterexport wurde durch die Kriegskonjunktur noch gestärkt, war doch der aus dem Salpeter gewonnene Stickstoff elementar für die Herstellung von Sprengstoffen.[[98]](#footnote-98) Insbesondere die industrielle Erzeugung von künstlichem Stickstoff in Deutschland nach dem Haber-Bosch-Verfahren gab Anlass zu großer Sorge, denn die chilenischen Experten gingen mit recht davon aus, dass das synthetische Produkt nach Kriegsende eine gefährliche Konkurrenz zum Chilesalpeter darstellen werde.[[99]](#footnote-99) Lateinamerikaweit zeigte sich die starke Abhängigkeit von den Kriegführenden, die die Zeitungen zunehmend kritisch kommentierten.

Für die breite Masse der Bevölkerung Lateinamerikas war das größte durch den Krieg ausgelöste Problem zweifellos der ungebremste Preisanstieg und die Explosion der Lebenshaltungskosten. Die durch die wirtschaftlichen Verwerfungen und Notmaßnahmen wie die Ausgabe ungedeckten Papiergeldes ausgelösten inflationären Tendenzen sollten bis Ende der Dekade andauern. Insbesondere der kontinuierliche Anstieg der Lebensmittelpreise bei gleichzeitig fallenden Reallöhnen sorgte dafür, dass sich die Lage der Arbeiter aber auch der Mittelschicht dramatisch verschlechterte. Der Anstieg der Preise lässt auf viele Faktoren zurückführen. Zum einen brachen die Importe weg und dies löste vielerorts eine ungebremste Spekulation aus. Dadurch stiegen auch die Preise für Grundnahrungsmittel, die gar nicht zu den Importprodukten zählten, was die Tagespresse heftig aber folgenlos kritisierte.[[100]](#footnote-100)

Auch die Preise für andere Güter des täglichen Bedarfs wie vor allem Brennstoffe stiegen rasant. Die Maßnahmen der Regierungen gegen die Verteuerung blieben jedoch in der Regel wirkungslos, sofern sie denn überhaupt erfolgten und nicht sogar kontraproduktiv waren. So dekretierte die chilenische Regierung bei Kriegsausbruch ein Ausfuhrverbot für Kohle, um einer Verknappung vorzubeugen. Die Kohlebergwerke fuhren daraufhin ihre Produktion zurück und entließen Arbeiter..[[101]](#footnote-101) Die Notlage der arbeitenden Bevölkerung blieb ein allgemein bekanntes und in der Öffentlichkeit viel beklagtes Problem.

Die katastrophalen sozioökonomischen Folgen des Kriegs in weiten Teilen Lateinamerikas waren natürlich nicht zuletzt auch auf den direkten Wirtschaftskrieg zurückzuführen. In der Tat entwickelte sich der Krieg zum Weltkrieg, weil er von Beginn an als Wirtschaftskrieg geführt wurde. Die wichtigste Maßnahme der Alliierten stellte die im Lauf der Kriegsjahre zunehmend verschärfte See- und Handelsblockade dar, die mit der Verminung der Nordsee einherging.[[102]](#footnote-102) Völkerrechtlich gesehen war eine solche Maßnahme gegen feindliche Küsten und Häfen sowie gegen feindliche Schiffe und Waren auf hoher See nach den aus dem 19. Jahrhundert stammenden Regeln für den Wirtschaftskrieg durchaus zulässig. Die Zweite Haager Konferenz von 1907 sowie die Londoner Seerechtsdeklaration von 1909 hatten die Bestimmungen zur Behandlung der Neutralen konkretisiert, wenngleich nicht alle Konferenzteilnehmer – unter anderem Großbritannien – diese ratifiziert hatten. Diese Bestimmungen definierten die auf neutralen Schiffen beförderten Waren als Konterbande nach unterschiedlichen Kategorien und schränkten etwa die Möglichkeit der Beschlagnahme nicht kriegswichtiger Güter ein.[[103]](#footnote-103)

Nach Kriegsausbruch hielten sich beide Seiten zunächst an die Seerechtsdeklaration, im Fall Großbritanniens allerdings unter Ausweitung der Definition von Konterbande. Alle Lebensmittel wurden demnach zur eingeschränkten Konterbande, das heißt die britische Regierung konnte von Fall zu Fall entscheiden, ob eine Schiffsladung darunter fiel und zu konfiszieren war oder nicht. So war zum Beispiel auch Kaffee bereits im November 1914 davon betroffen. Damit wollte die Regierung in London vor allem die deutschen Kaffeeproduzenten in Guatemala und in Venezuela treffen, doch hatte die Regelung natürlich auch negative Auswirkungen in Brasilien und Costa Rica.[[104]](#footnote-104) Bestimmte kriegswichtige Exporte fielen unter das alliierte Exportverbot. Die Maßnahmen waren nicht zuletzt eine Reaktion auf die Anfangserfolge des deutschen Kreuzerkriegs, die unter den im Ausland ansässigen britischen Geschäftsleuten Nervosität ausgelöst hatten.[[105]](#footnote-105)

Da der deutsche Handel über Länder wie Dänemark und vor allem die Niederlande in beschränktem Umfang zunächst weiterging, bemühten sich die Briten in einem zweiten Schritt, Regelungen zum Handel der Neutralen durchzusetzen, die dazu gedrängt wurden nur noch mit den Alliierten oder untereinander Geschäfte zu machen. In der Anfangsphase des Kriegs erfolgte dies noch nicht planmäßig. Intern erstellte London Listen mit neutralen Firmen, die besonders eng mit den Deutschen kooperierten und strategisch wichtige Güter vermittelten, um diese zu boykottieren.[[106]](#footnote-106) Erst als Großbritannien die Blockade im März 1915 als Reaktion auf die erste deutsche Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs vom 22. Februar erweiterte, ging die britische Regierung daran, auch diese Schlupflöcher zu stopfen. Der Handel Deutschlands über die neutralen Häfen wurde unterbunden, indem sie Einfuhrkontingente für den Import bestimmter Güter in die neutralen Staaten festlegte, die nicht über die notwendige Menge zur Selbstversorgung hinausgingen. Ferner gingen die britischen Konsuln dazu über, den Exporteuren nach Kontrolle Unbedenklichkeitserklärungen – so genannte *Navicerts* – auszustellen. Um schließlich die Preise für die notwendigen Importe zu drücken, organisierten sich die alliierten Geschäftsinteressen in Lateinamerika in Handelskomitees (*Comité Comercial de los Aliados* oder *Comité de Compras*), die über große Marktmacht verfügten.[[107]](#footnote-107)

Selbstverständlich nahmen die lateinamerikanischen Regierungen diese Politik nicht kritiklos hin. Die öffentliche Empörung über die tief in die nationale Souveränität einschneidenden Maßnahmen der Alliierten war groß. Der ehemalige Außenminister Brasiliens Amaro Cavalcanti übte im August 1916 bei einem Vortrag vor der brasilianischen Gesellschaft für Völkerrecht, deren Präsident er war, scharfe Kritik an den Alliierten, denen er massiven Rechtsbruch vorwarf.[[108]](#footnote-108) Sogar in Großbritannien selbst kam es intern zu Diskussionen darüber, ob man mit den Maßnahmen nicht die Neutralität verletze und vor allem die mächtigen Vereinigten Staaten herausfordere. In der Tat kam es schon Ende 1914 zu einem US-amerikanischen Protest, der jedoch nicht die erhoffte Wirkung hatte, denn Großbritannien wies die entsprechenden Noten mit dem Hinweis auf die Kriegsnotwendigkeiten und den deutschen U-Boot-Krieg zurück.[[109]](#footnote-109)

Im Lauf des Jahres 1915 wurden die alliierten Blockademaßnahmen zur Routine, ehe das britische Parlament im Dezember eine Ausweitung des *Trading with the Enemy Act* verabschiedete und ein *Foreign Trade Department* innerhalb des Außenministeriums einrichtete. Auf dieser Grundlage systematisierten die Briten die so genannten »schwarzen Listen« und veröffentlichten sie regelmäßig im zweiwöchentlichen Rhythmus. Auf den Listen fanden sich nun immer mehr Firmen rund um den Erdball wieder, die Deutschen oder Deutschstämmigen gehörten oder mit diesen kooperierten. Britischen Staatsbürgern war es untersagt, mit diesen Firmen in Geschäftsbeziehungen zu treten. Der auswärtige Dienst erhielt die Aufgabe, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu überwachen und durchzusetzen, wobei die britischen Unternehmen vor Ort Hilfestellung leisteten. Die Praxis der »schwarzen Listen« wurde gezielt eingesetzt, um den deutschen Nachschub und die Versorgung mit Rohstoffen aus Übersee endgültig zu unterbinden und die deutsche Konkurrenz langfristig von den dortigen Märkten zu verdrängen. Wie der Historiker Phillip Dehne festgestellt hat, handelte es sich um einen Frontalangriff gegen alle deutschen Interessen in der Welt, der auch in Lateinamerika hohe Wellen schlug.[[110]](#footnote-110)

Zunächst traf die Maßnahme viele Unternehmen hart. Sie mussten Bankrott erklären und ihre Arbeiter entlassen. Für deutsche und deutschstämmige Arbeiter waren die Beschäftigungsmöglichkeiten nun extrem begrenzt. Manche wurden schon vorbeugend entlassen, weil man das eigene Unternehmen tarnen wollte, um der Liste zu entgehen. Nicht immer gelang die Tarnung durch Neugründung als nationales Unternehmen oder die Annahme einer lateinamerikanischen Staatsbürgerschaft.[[111]](#footnote-111) In der Regel listeten die Briten eher eine Firma zu viel auf, als ein verdächtiges Unternehmen auszulassen. So fand sich etwa die uruguayische Firma Bonino & Schröder auf der schwarzen Liste wieder, obwohl der Teilhaber Enrique Antonio Schröder, der 1884 in Salto in Uruguay geboren wurde, 1908 seine deutsche Staatsbürgerschaft aufgegeben hatte, um der deutschen Wehrpflicht zu entgehen.[[112]](#footnote-112)

Schwerwiegender aus Sicht der lateinamerikanischen Gesellschaften war der Boykott gegen Unternehmen, die grundlegende Dienstleistungen erbrachten. So führte die Einstellung der Kohlelieferungen an die deutschen Elektrizitätsgesellschaften zum Ausfall der Straßenbahn in Valparaíso und Viña del Mar und der Stromversorgung in Buenos Aires.[[113]](#footnote-113) In Brasilien ging das für den Kohlenhandel in Santa Catarina wichtige Handelshaus Hoepcke in Konkurs, was schwerwiegende Folgen für die Küsten- und Flussschifffahrt hatte. Auf Druck vieler brasilianischer Unternehmer protestierte die Regierung in Rio de Janeiro 1916 bei der britischen Gesandtschaft.[[114]](#footnote-114) Die Stilllegung zahlreicher deutscher Salpeterwerke führte zu Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen in Chile. Dies war in der chilenischen Öffentlichkeit ein hoch umstrittenes Thema und die prodeutschen Kräfte führten dies immer wieder als Argument gegen die Briten an.[[115]](#footnote-115)

Die Proteste der deutschen Diplomaten gegen die Maßnahmen der Alliierten ließen nicht auf sich warten. Sie drängten die lateinamerikanischen Regierungen, sich gegen die neue Dimension des Wirtschaftskriegs zu wehren und stießen durchaus auf offene Ohren.[[116]](#footnote-116) Der *Correio da Manhã* in Brasilien attackierte vor allem die Handelseinschränkungen unter den Neutralen wie im Fall der brasilianischen Kaffeelieferungen nach den Niederlanden als Angriff auf die brasilianische Souveränität scharf.[[117]](#footnote-117) Das brasilianische Außenministerium teilte diese Auffassung und beauftragte die Vertretung in London im November 1916 damit, gegen das Verbot des Kaffeeexports in neutrale Häfen vorzugehen. Einen Durchbruch konnte die brasilianische Diplomatie jedoch nicht erzielen.[[118]](#footnote-118)

Das galt auch für Chile, wo der germanophile Gallardo den Krieg im Oktober 1916 als Wirtschaftskrieg um ferne Kontinente charakterisierte und eine südamerikanische Solidarität gegen die schwarzen Listen forderte. Anhand zahlreicher Beispiele arbeitete er den schweren Schaden heraus, der der chilenischen Wirtschaft durch die Einschränkungen entstand.[[119]](#footnote-119) Die schwarzen Listen, so Gallardo, waren ein »trauriges Beispiel für die Verachtung, mit der diejenigen den lateinamerikanischen Ländern gegenüberstehen, die in Europa die heiligen Rechte der schwachen Völker beschwören.« Diese Kritik an der Tatenlosigkeit richtete sich gegen die Vereinigten Staaten, die die Europäer trotz der Monroe-Doktrin nicht in die Schranken wiesen.[[120]](#footnote-120) Die Debatten im chilenischen Senat über die Folgen der schwarzen Listen für die staatliche Souveränität verliefen aber schließlich im Sand.[[121]](#footnote-121) Insgesamt blieb den lateinamerikanischen Regierungen auch keine Alternative, als sich mit der Praxis der schwarzen Listen zu arrangieren, auch wenn sie sie de iure weiterhin ablehnten.

Hatten die Briten als maritime Führungsmacht der Alliierten damit ihr Kriegsziel erreicht? Ein flächendeckender Erfolg ihres Wirtschaftskriegs war ihnen nicht beschieden. Ein Augenzeuge aus dem südchilenischen Valdivia berichtete nach Kriegsende von drei wesentlichen Versäumnissen. Erstens waren diejenigen, die die Listen aufstellten, oft nur wenig mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut. Zweitens hatten die schwarzen Listen auch kontraproduktive Effekte, da sie so manchen alliierten Kaufmann in den Bankrott trieben, weil er seinen Kundenstamm verlor. Drittens hielten sich nicht alle Geschäftsleute aus den Ländern der Alliierten an die strengen Vorgaben.[[122]](#footnote-122) Hinzu kamen die trotz aller Anstrengungen weiter bestehenden Möglichkeiten des Handels mit den europäischen Neutralen. Dies spielte sich in einer Grauzone des Schmuggels ab, von dem gerade US-amerikanische Interessen stark profitierten.[[123]](#footnote-123)

Teilweise führte sich die englische Politik aber auch selbst ad absurdum. Letztlich fehlte den Alliierten angesichts der Kriegsanstrengungen die Kraft, um das zu tun, was der britische Gesandte in Brasilien im April 1915 vehement forderte, nämlich das konsequente Nutzen der Gelegenheit, um die deutschen Konkurrenten ein- für alle Mal aus ihren Stellungen in Lateinamerika zu vertreiben.[[124]](#footnote-124) Die wirtschaftlichen Konsequenzen, die der lange Krieg nach sich zog, führten letztlich dazu, dass die Alliierten und zuvorderst Großbritannien einen Großteil ihrer lateinamerikanischen Wertpapiere an die USA verkaufen mussten, um vom Erlös ihre Waffen- und Munitionskäufe bezahlen zu können.[[125]](#footnote-125)

Die Vereinigten Staaten waren demgegenüber weitaus besser gerüstet, um in die Räume vorzustoßen, die die Deutschen in Lateinamerika räumen mussten, und um darüber hinaus gleichzeitig noch die Alliierten zurückzudrängen. So sprach man im Department of State im November 1915 von einer »goldenen Gelegenheit«, um »offene Rechnungen« in Lateinamerika zu begleichen und dort zu expandieren.[[126]](#footnote-126) Es war ein historischer Zufall, dass der neu erbaute Panamakanal just in dem Moment eröffnet wurde, als in Europa der Krieg ausbrach. Nichtsdestotrotz war gerade dieser Kanal ein Symbol der panamerikanischen Integration aber auch des Superioritätsanspruchs der USA in Amerika nicht nur in technologischer, sondern auch in politischer Hinsicht.[[127]](#footnote-127) Die US-amerikanische Wirtschaft teilte diese Einschätzung und wendete sich mit ihren Aktivitäten in großem Stil nach Süden.[[128]](#footnote-128) Die flankierenden Maßnahmen der Politik wie zum Beispiel die Zulassung von Auslandsfilialen US-amerikanischer Banken unterstützten sie entscheidend. Insbesondere der von den Vereinigten Staaten dominierte panamerikanische Rahmen wurde rege genutzt. Damit wollte Washington den Lateinamerikanern das Gefühl der aktiven Mitarbeit an einer grundsätzlichen Neuausrichtung der westlichen Hemisphäre vermitteln.[[129]](#footnote-129)

Doch die Annäherungsversuche waren nicht nur einseitig. Angesichts des Ausbleibens von Investitionskapital aus Europa mussten sich viele lateinamerikanische Regierungen an den New Yorker Kapitalmarkt wenden, wo aufgrund der Kriegsgewinne Überschüsse vorhanden waren. Überall in der Region erlangten die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA größere Bedeutung.[[130]](#footnote-130) Die lateinamerikanischen konsularischen Dienste warben, um den Absatz der Exportgüter auf den Märkten im Norden zu steigern. Selbst ein Land wie Kolumbien, in dem der Anti-US-Amerikanismus aufgrund des Verlusts der Provinz Panama besonders ausgeprägt war, kam nicht umhin, diesem Trend wenn auch zähneknirschend zu folgen.[[131]](#footnote-131) Das galt auch für Mexiko, dessen Importe sich nun noch stärker auf die Vereinigten Staaten konzentrierten, während Deutschland keine Rolle mehr spielte.[[132]](#footnote-132) Auch in Zentralamerika und im karibischen Raum waren die Vereinigten Staaten schon vor dem Krieg die bestimmende Großmacht und zogen nun noch den Kaffeeexport, der sich bis dahin nach Europa orientiert hatte, an sich; eine Entwicklung, die etwa der guatemaltekische Diktatur Manuel Estrada Cabrera durchaus begrüßte. [[133]](#footnote-133)

In der Regel erfolgte die Annäherung jedoch notgedrungen und löste Besorgnis aus. Dies galt nicht nur für Großbritannien, das sich die lateinamerikanischen Märkte selbst sichern wollte, sondern in besonderem Maß für die betroffenen Länder der Region. Die »kommerzielle Conquista« der Vereinigten Staaten in Lateinamerika war schon 1914 Thema der Tagespresse.[[134]](#footnote-134) Man äußerte die Befürchtung, dass wegen des Ausfalls Europas nach Zentralamerika nun auch Südamerika zur »Kriegsbeute« der US-Amerikaner werden könne.[[135]](#footnote-135)

Allerdings dominierten vor 1917 noch die Stimmen, die den Aufstieg der USA als vorübergehend einschätzten und eine Rückkehr zu den bewährten Strukturen der Handelsbeziehungen mit Europa nach Kriegsende prognostizierten.[[136]](#footnote-136) Nicht zu Unrecht wiesen einige Beobachter darauf hin, dass neben den USA auch Japan sowie Händler aus dem Nahen Osten, die so genannten *turcos*, ihre Stellung in Lateinamerika auf Kosten der Europäer ausgebaut hätten. Auch der zunehmende Binnenhandel in der Region sowie der Ausbau der Industrialisierungsansätze etwa in Brasilien und Chile gaben durchaus Anlass, optimistisch in die Zukunft zu blicken.[[137]](#footnote-137)

**Zusammenfassung**

Der Krieg in Europa stellte die Lateinamerikaner vor erhebliche Herausforderungen lange bevor das erste amerikanische Land in den Konflikt hineingezogen wurde. Die neuen Waffen und Technologien wie vor allem U-Boote und Funk agierten grenzüberschreitend und schufen neue räumliche Dimensionen, die sich mit den traditionellen Mitteln des Völkerrechts kaum mehr kontrollieren ließen. Die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Sphäre waren mittlerweile fließend, das zeigten nicht zuletzt der kurze aber heftige Seekrieg in südamerikanischen Gewässern und die in den Häfen der Neutralen ankernden Schiffe der Kriegführenden. Das wichtigste politische Ziel aller lateinamerikanischen Regierungen, die Einhaltung der Neutralität bei gleichzeitiger Wahrung der nationalen Souveränität, war unter diesen Voraussetzungen kaum zu erreichen. In dieser Hinsicht überstieg die neue Art der Kriegführung die Möglichkeiten der lateinamerikanischen Nationalstaaten bei weitem. Angesichts der eigenen Hilflosigkeit war die Orientierung an den USA bei den sensiblen Themen durchaus nachvollziehbar, allerdings erkannten die Lateinamerikaner auch das Bedrohungspotenzial, dass von Washington ausging.

Waren die großen Schlachtfelder auch weit entfernt, so warfen sie doch ihre langen Schatten nach Lateinamerika und provozierten grundlegende Fragen. Wie sollten insbesondere südamerikanische Nationen mit den zahlreichen nationalen Minderheiten umgehen, aus denen sich die Einwandererströme seit dem 19. Jahrhundert zusammensetzten und deren Herkunftsländer sich nun erbarmungslos gegenseitig bekriegten? Auch die Rolle Großbritanniens und Frankreichs als Kolonialmächte rückte durch die Rekrutierungen in der Karibik wieder ins Zentrum des Interesses. Direktere Auswirkungen bekamen Lateinamerikaner durch den Geheimkrieg und die globale Strategie Deutschlands vor allem in Mexiko zu spüren. Die Bedingungen der Neutralität hatten sich in diesem totalen Krieg mit weltweiten Dimensionen elementar gewandelt. Es war nicht mehr ausreichend, sich einfach bedeckt zu halten und im Hintergrund zu bleiben.

Die Grenzen der lateinamerikanischen Handlungsspielräume werden auf der wirtschaftlichen Ebene noch deutlicher. Diese war selbstverständlich aufs Engste mit der politischen verflochten. In diesem Bereich machten sich die europäischen Erschütterungen in Lateinamerika stark bemerkbar. Ein über viele Jahrzehnte bewährtes System, in dem der Subkontinent seinen festen Platz gehabt hatte, ging im August 1914 unter. Die Schockwirkung des Kriegsausbruchs, der weite Teile der Wirtschaft lahmlegte und heftige soziale Folgen zeitigte, war dementsprechend groß. Phänomene wie Arbeitslosigkeit und Inflation waren in dieser Zeit flächendeckend im Exportsektor Lateinamerikas spürbar. Die Folgen waren also nicht nur auf die Städte begrenzt, sondern auch auf dem Land spürbar, war doch die Grundversorgung in Frage gestellt. Die ab 1915 vielerorts – nicht überall! – einsetzende Erholung war mit der sich nochmals verstärkenden Abhängigkeit von Europa und zunehmend von den USA teuer erkauft. Der Wirtschaftskrieg, der sich in einer völkerrechtlichen Grauzone abspielte, machte nicht zuletzt durch die schwarzen Listen den Souveränitätsverlust deutlich bemerkbar.

1. Da in diesem Buch ein Beitrag eigens Argentinien gewidmet ist, werde ich nicht auf diesen La Plata-Staat eingehen. [↑](#footnote-ref-1)
2. »O Brasil neutro«, in: *Jornal do Commercio* (19.11.1914), S. 3. Alvarez, *La Grande Guerre Européenne*, S. 59-61. [↑](#footnote-ref-2)
3. Die Neutralitätserklärungen erfolgten i.d.R. im Lauf des August 1914. Siehe z.B. MRE, *Guerra da Europa*, S. 5-8. *Memoria de relaciones exteriores 1913-1914*, S. 168-170. Elizalde, *Circular al Cuerpo Diplomático*. *Disposiciones sobre neutralidad*. Martin, *Latin America and the War*, S. 1-4 und 9-11. Zu den Gründen für die Neutralität Lateinamerikas s.a. Vivas Gallardo, »Venezuela y la Primera Guerra Mundial«, S. 114-115. Cavalcanti, *A presidência de Wenceslau Braz*, S. 97-98. Allerdings gab es durchaus Sympathiebekundungen. So drückte der brasilianische Gesandte in Wien Verständnis für das Verhalten Österreichs im Juli/August 1914 aus. Bras. Gesandtschaft an MRE (Wien, 3.8.1914), in: AHI, Directoria Geral dos Negocios Politicos e Diplomaticos. [↑](#footnote-ref-3)
4. Die Detailregelungen schrieben unter anderem unterschiedliche Aufenthaltsdauern in neutralen Häfen für bewaffnete und unbewaffnete Schiffe vor, untersagten den Gebrauch der Funkentelegraphie etc. Siehe die Aufstellung in: Kolumbianisches Außenministerium, Memorandum sobre declaración de neutralidad (Bogotá, ohne Datum), Kolumbien, AGN, MRREE, Serie Neutralidad, Caja 82. Siehe auch Neff, *The Rights and Duties of Neutrals*, S. 128-139. [↑](#footnote-ref-4)
5. Die Vielfalt der Meinungen je nach Herkunftsland zeigte eine Umfrage unter der Bevölkerung Santiago de Chiles: »Lo que piensan de la guerra«, in: *Zig-Zag* (22.8.1914). [↑](#footnote-ref-5)
6. »La guerra europea: la agitación en Santiago«, in: *Zig-Zag* (8.8.1914). [↑](#footnote-ref-6)
7. Siehe die Anzeigen in *Diario de Centro-América* (4.8.1914), S. 2. Zur Werbung in Provinzstädten siehe Compagnon, *L’adieu à L’Europe*, S. 111. Luebke, *Germans in Brazil*, S. 85-87. [↑](#footnote-ref-7)
8. »Os reservistas das nações em guerra«, in: *Correio da Manhã* (7.8.1914), S. 1. [↑](#footnote-ref-8)
9. Bras. Gesandtschaft an MRE (London, 18.11.1914), in: AHI, Directoria Geral dos Negocios Politicos e Diplomaticos. [↑](#footnote-ref-9)
10. Garay, *Panamá*, S. 86. [↑](#footnote-ref-10)
11. Gallardo, *Panamericanismo*, S. 231. [↑](#footnote-ref-11)
12. Einen farbigen Bericht lieferte der Deutsch-Paraguayer Ernesto Gedult von Jungenfeld, *Aus den Urwäldern Paraguays*, S. 51-53. Zur freiwilligen Meldung deutschstämmiger Brasilianer siehe Bonow, *A desconfiança*, S. 98-99. Darunter fand sich auch der eine oder andere Lateinamerikaner nichtdeutscher Herkunft wie der Venezolaner Rafael de Nogales, der ursprünglich auf belgischer oder französischer Seite kämpfen wollte, sich dann aber doch auf die deutsch-türkische Seite schlug und in Arabien zum Einsatz kam. Nogales, *Cuatro años*. [↑](#footnote-ref-12)
13. »O ministro allemão reune a colonia no Club Germania«, in: *Correio da Manhã* (5.8.1914), S. 4. [↑](#footnote-ref-13)
14. »Portugal na Guerra das Nações«, in: *A Epoca* (15.3.1916), S. 1. »Aufruf an die Deutschen in Argentinien«, in: *Deutsche La Plata Zeitung* (8.8.1914), S. 3. Siehe auch Cuenca, *La colonia británica*, S. 245-247. Bonow, *A desconfiança*, S. 163. [↑](#footnote-ref-14)
15. Couyoumdjian/Múñoz, »Chilenos en Europa«, S. 41. Siehe auch die Schilderungen des chilenischen Studenten Eduardo Donoso, *Impresiones*. [↑](#footnote-ref-15)
16. So zum Beispiel »Un militar peruano«, in: *La Crónica* (Lima, 12.3.1915), S. 1. [↑](#footnote-ref-16)
17. Streckert, *Die Hauptstadt Lateinamerikas*, S. 43-47. [↑](#footnote-ref-17)
18. Gallardo, *Panamericanismo*, S. 203. [↑](#footnote-ref-18)
19. Garay, Panamá, S. 26-28. Compagnon, *L’adieu à l’Europe*, S. 59-61. [↑](#footnote-ref-19)
20. » Brit. Botschaft an Foreign Office (Washington 25.2.1916), in: *BD*, Part II, Series D, Bd. 2, S. 159. Gallardo, »Posición internacional de Chile«, S. LXIX. [↑](#footnote-ref-20)
21. Britischer Gesandter an Foreign Office (Rio de Janeiro, 26.4.1915), *BD*, Bd. 1, S. 31. Guerrero, *Las conferencias del Niagara Falls*, S. 155. Yankelevich, *La diplomacia imaginaria*, S. 91-114. Siehe auch Small, *The Forgotten Peace*. Ulloa, *La lucha revolucionaria*, S. 212-224. [↑](#footnote-ref-21)
22. »La opinión americana sobre el A.B.C.«, in: *La Prensa* (Buenos Aires), 24.11.1915, S. 3. [↑](#footnote-ref-22)
23. Yankelevich, *La diplomacia imaginaria*, S. 121. [↑](#footnote-ref-23)
24. »Tratado de solução pacífica de controvérsias entre o ABC (25.5.1915)«, in: Garcia, *Diplomacia brasileira*, S. 376-378. Siehe auch Ulloa, *La lucha revolucionaria*, S. 227-251. [↑](#footnote-ref-24)
25. MRREE, Circular confidencial Nr. 2 (Santiago de Chile, 29.8.1914), AMRREE-Chile, Bd. 479. [↑](#footnote-ref-25)
26. Über viele Fälle berichtet die zeitgenössische Literatur. Siehe z.B. Garay, *Panamá*, S. 7-9. [↑](#footnote-ref-26)
27. So zum Beispiel im Fall der Verhandlungen mit Brasilien. Vinhosa, *O Brasil e a Primeira Guerra Mundial*, S. 47. [↑](#footnote-ref-27)
28. Siehe dazu den Briefwechsel zwischen dem Admiralstab und dem AA: BA, AA, 6685, Admiralstab an AA (19.8.1916); ibd., AA an Admiralstab (26.8.1916). [↑](#footnote-ref-28)
29. Siehe etwa die Klage des deutschen Gesandten in Montevideo an das Auswärtige Amt vom 21.9.1914, in: »Informes diplomáticos«, S. 181-182. Deutsche Gesandtschaft an uruguayisches MRREE (Montevideo, 30.11.1914), Uruguay, AGN, PGM, MRREE, caja 724. Siehe auch die argentinischen Akten: *Memoria de relaciones exteriores, 1915-16*, S. VIII. [↑](#footnote-ref-29)
30. MRREE an deutschen Gesandten (Bogotá, 14.9.1915), Kolumbien, AGN, MRREE, 00556, Trasf. 1, fol. 65. [↑](#footnote-ref-30)
31. Schon früh hatte sich die lateinamerikanische Presse an diesen Diskussionen beteiligt. »Ao Redor da Guerra. Uso e abuso das minas submarinas«, in: *Jornal do Commercio* (1.11.1914), S. 3. [↑](#footnote-ref-31)
32. »Ecos del día«, in: *La Nación* (B.A., 6.2.1915), S. 8. »La lucha en los mares«, in: ebd. (8.2.1915), S. 6. »Ante el bloqueo«, in: ebd. (13.2.1915), S. 7. Zum Zusammenhang siehe Hardach, *Der Erste Weltkrieg*, S. 47-48. [↑](#footnote-ref-32)
33. »La catástrofe del Lusitania«, in: *Caras y Caretas* (15.5.1915). »El hundimiento del Lusitania«, in: *Zig-Zag* (15.5.1915). [↑](#footnote-ref-33)
34. »O Torpedeamento do Rio Branco«, in: *Jornal do Commercio* (5.5.1916), S. 2. Vinhosa, *O Brasil e a Primeira Guerra Mundial*, S. 104. [↑](#footnote-ref-34)
35. Martin, *Latin America and the War*, 47-49. Hardach, *Der Erste Weltkrieg*, S. 49-50. [↑](#footnote-ref-35)
36. Strachan (*To Arms*, S. 694), der diese Strategie des Reichs herausarbeitet, geht auf die Rolle Lateinamerikas darin nicht ein. [↑](#footnote-ref-36)
37. Schuler misst diesen Plänen große Bedeutung bei, kann diese aber nicht nachweisen. Schuler, *Secret Wars*, S. 96-97. [↑](#footnote-ref-37)
38. Ebda., S. 97. [↑](#footnote-ref-38)
39. Ebda., S. 136-139. [↑](#footnote-ref-39)
40. Katz, *The Secret War*. [↑](#footnote-ref-40)
41. Ebda., S. 364. Schuler, *Secret Wars*, S. 112-113. Durán, *Guerra y revolución*, S. 206-207. [↑](#footnote-ref-41)
42. Zum Text des Plans von San Diego s. Mintz, *Mexican American Voices*, S. 122-124. Harris/Sadler, »The Plan of San Diego«, S. 381-408. Durán, *Guerra y revolución*, S. 236-239. Katz, *The Secret War*, S. 339-342. [↑](#footnote-ref-42)
43. Lansing, »Private Memorandum« (10.10.1915), LC, Lansing Papers, Reel 1. [↑](#footnote-ref-43)
44. Office of Naval Intelligence, »Foreign Policies and Relations Affecting the United States« (20.1.1916), NA, RG 165, WCD, 9140-14, S. 3-4. [↑](#footnote-ref-44)
45. Katz, *The Secret War*, S. 345-350. Der britische Geheimdienst kam bereits 1916 zur Überzeugung, dass Carranza mit den Deutschen paktiere. Meyer, *Su majestad británica*, S. 243. [↑](#footnote-ref-45)
46. Gonzalo de la Parra, »Los cerdos que comercian con cerdos han ultrajado a mi patria«, in: *El Nacional* (19.6.1916), S. 1. Siehe auch Katz, *The Secret War*, S. 303-314. [↑](#footnote-ref-46)
47. Yankelevich, *La diplomacia imaginaria*, S. 142. Ulloa, *La lucha revolucionaria*, S. 287-318. Zur Bedeutung der mexikanischen Erfahrungen für Wilsons Denken in Bezug auf eine Intervention siehe Knock, *To End all Wars*, S. 24-30. [↑](#footnote-ref-47)
48. Siehe beispielsweise die Kommentare des Korrespondenten Pedro Sayé für die paraguayische *La Tribuna*: Sayé, *Crema de menta*, S. 129-134. [↑](#footnote-ref-48)
49. Meyer, *Su majestad británica*, S. 181-182. Durán, *Guerra y revolución*, S. 171-188. Py, *Francia y la Revolución Mexicana*. [↑](#footnote-ref-49)
50. Katz, *The Secret War in Mexico*, S. 364-366. [↑](#footnote-ref-50)
51. Meyer, *Su majestad británica*, S. 245-246. [↑](#footnote-ref-51)
52. Katz, *The Secret War*, S. 513. [↑](#footnote-ref-52)
53. Die Ziele der US-Politik sind zusammengefasst in: Sec. of State Lansing an Woodrow Wilson (Washington, 24.11.1915), NA, RG 59, M743, Rolle 1, S. 70-73. S.a. Gilderhus, *Pan American Visions*, S. 26-27. [↑](#footnote-ref-53)
54. Rinke, *Lateinmerika und die USA*, S. 70-73. Langley, *The Banana Wars*, S.49-160. Gonzalo, »Relaciones entre Estados Unidos y América Latina«, S. 181-242. [↑](#footnote-ref-54)
55. Zu den Gerüchten über deutsche Interessen siehe Smith, *Jamaican Volunteers*, S. 40. [↑](#footnote-ref-55)
56. Renda, *Taking Haiti*, S. 39-88. Schmidt, *The United States Occupation of Haiti*, S. 42-81. [↑](#footnote-ref-56)
57. Britische Gesandter an MRREE Costa Rica (Panamá, 14.8.1914), ANCR, RREE, Caja 224:1. [↑](#footnote-ref-57)
58. Britischer Gesandter an Foreign Office (Rio de Janeiro, 23.4.1915), *BD*, Bd. 1, S. 25-26. [↑](#footnote-ref-58)
59. Zu den kolumbianischen Auseinandersetzungen mit den englischen Protesten in dieser Frage siehe *Documentos relativos a la neutralidad*, S. 3-21. [↑](#footnote-ref-59)
60. *Informe del Ministerio de Relaciones Exteriores*, 1915, S. 114-116. [↑](#footnote-ref-60)
61. Kolumbianisches Außenministerium an Gesandtschaft Washington (Bogotá, 12.11.1914), Kolumbien, AGN, MRREE, Caja 3, Carp.19, Trasf. 5, S. 10-14. [↑](#footnote-ref-61)
62. MRREE an englischen Chargé d’Affaires (Bogotá, 3.11.1914), Kolumbien, AGN, MRREE, Caja 3, Carp.19, Trasf. 5, S. 10-14. MRREE an Gesandtschaft Washington (Bogotá, 12.11.1914), Kolumbien, AGN, MRREE, Caja 3, Carp.19, Trasf. 5, fol. 11-14. [↑](#footnote-ref-62)
63. Deutsche Gesandtschaft an kolumbianisches Außenministerium (Bogotá, 5.12. 1914), in: *Documentos relativos a la neutralidad*, S. 27-29. Zu den englischen Protesten siehe MRREE an Gesandtschaft Washington (Bogotá, 1.12.1914), Kolumbien, AGN, MRREE, Caja 139, Carp 2, Trasf 5, S. 108. Nervosität herrschte auch in den USA, die Ende 1915 einen Experten entsandten um die Existenz von Funkstationen in den Provinzen nahe des Panamakanals zu überprüfen. Dieser war zwar offiziell im Auftrag der kolumbianischen Regierung unterwegs, erstattet seinen Bericht aber direkt nach Washington. MRREE an kolumbianischen Gesandten in Washington (Bogotá, 3.12.1915), Kolumbien, AGN, MRREE, caja 3, trasf. 5, fol. 2. [↑](#footnote-ref-63)
64. US Militärattaché (Guatemala, 27.10.1914), NA, RG 165, MID, 6370-26. [↑](#footnote-ref-64)
65. Katz, *The Secret War*, S. 417-419. [↑](#footnote-ref-65)
66. Dazu jetzt auch Dehne, »How important was Latin America«, S. 157-160. [↑](#footnote-ref-66)
67. »El año financiero«, in: *La Nación* (B.A. 1.1.1915), S. 7. Silva Vildósola, *Le Chili et la guerre*, S. 2. [↑](#footnote-ref-67)
68. Bras. Gesandtschaft an MRE (London, 18.8.1914), in: AHI, Directoria Geral dos Negocios Politicos e Diplomaticos. [↑](#footnote-ref-68)
69. Siehe z.B. »Influencia nociva das noticias da guerra«, in: *Correio da Manhã* (1.8.1914), S. 1. [↑](#footnote-ref-69)
70. Gil Vidal, »Effeitos da guerra«, in: *Correio da Manhã* (Rio de Janeiro, 4.8.1914), S. 2. »Os effeitos da conflagração européa no Brazil«, in: ebd. (5.8.1914), S. 1. »Os effeitos da conflagração européa no Brazil«, in: *A Epoca* (13.8.1914), S. 3. Albert, *South America and the First World War*, S. 42-44. [↑](#footnote-ref-70)
71. Rinke, *Geschichte Lateinamerikas*, S. 79-80. [↑](#footnote-ref-71)
72. Contreras, »La minería«, S. 17. [↑](#footnote-ref-72)
73. Compagnon, *L’adieu à l’Europe*, S. 120. [↑](#footnote-ref-73)
74. »Ante la guerra«, in: *El Diario* (4.8.1914), S. 4. [↑](#footnote-ref-74)
75. Albert, *South America and the First World War*, S. 40-41. [↑](#footnote-ref-75)
76. Velásquez, »Venezuela y la primera guerra mundial«, S. 28-29. [↑](#footnote-ref-76)
77. So bemühte sich die kolumbianische Regierung Anfang 1915 z.B. um die Verschiffung von Waren über Belgien auf einem neutralen Schiff, aber die deutsche Regierung verhinderte dies. MRREE an Gesandtschaft Berlin (Bogotá, 22.1.1915), Kolumbien AGN, MRREE, Tomo 00549, transf. 1, fol. 15. [↑](#footnote-ref-77)
78. Silva Vildósola, *Le Chili et la guerre*, S. 7. [↑](#footnote-ref-78)
79. »Effeitos da Guerra sobre o Brasil«, in: *O Imparcial* (2.9.1914), S. 2. Albert, *South America and the First World War*, S. 44-49. Alfredo González, “Mensaje del Presidente” (San José, 1.5.1915), in: Meléndez Chaverri, *Mensajes presidenciales*. Bd. 4, S. 254-256. Sandra Kuntz hat jüngst herausgearbeitet, dass der Kriegsausbruch die negativen Folgen der Revolution auf den Außenhandel Mexikos deutlich verstärkte. Kuntz, »El impacto de la Primera Guerra Mundial«, S. 134-135. [↑](#footnote-ref-79)
80. »A Repercussao da Guerra no Brasil«, in: *Jornal do Commercio* (4.8.1914), S. 14. [↑](#footnote-ref-80)
81. »Cartera de Guerra«, in: *La Prensa* (B.A., 4.7.1914), S. 5. »Del momento«, in: *El Día* (24.8.1914), S. 3. »A Repercussao da Guerra no Brasil«, in: *Jornal do Commercio* (5.8.1914), S. 3. »Sobre la guerra en Europa«, in: *La Crónica* (4.8.1914), S. 8. [↑](#footnote-ref-81)
82. Albert, *South America and the First World War*, S. 44. »Sobre unas prisiones«, in: *La Crónica* (13.9.1914), S. 4. [↑](#footnote-ref-82)
83. So verzeichnete Brasilien seit 1913 ein Handelsbilanzdefizit, siehe Vinhosa, *O Brasil e a Primeira Guerra Mundial*, S. 129. Albert, *South America and the First World War*, S. 37-38. Für eine Schilderung der Verhältnisse in Paraguay siehe Gedult, *Aus den Urwäldern Paraguays*, S. 30-35. [↑](#footnote-ref-83)
84. Albert, *South America and the First World War*, S. 49-50. »Salitre«, in: *Zig-Zag* (5.9.1914). »20,000 hombres sin trabajo«, in: *La Crónica* (Lima, 15.8.1914), S. 1. [↑](#footnote-ref-84)
85. Albert, *South America and the First World War*, S. 177-179. [↑](#footnote-ref-85)
86. »O Commercio Brasileiro e a Guerra - A firma Germano Boettcher presta servicos incalculavéis ao nosso paiz«, in: *Jornal do Commercio* (29.11.1914), S. 12. [↑](#footnote-ref-86)
87. Palacio, »La antesala de lo peor«, S. 101-134. [↑](#footnote-ref-87)
88. »Economic conditions in foreign countries« (8.5.1915), NA, RG 151, General Records, Government Activities, Box 2925. [↑](#footnote-ref-88)
89. Rivarola, *Obreros*, S. 191-197. [↑](#footnote-ref-89)
90. Albert, *South America and the First World War*, S. 58-60. [↑](#footnote-ref-90)
91. Kuntz, »El impacto de la Primera Guerra Mundial«, S. 126. [↑](#footnote-ref-91)
92. Martin, *Latin America and the War*, S. 439. [↑](#footnote-ref-92)
93. Albert, *South America and the First World War*, S. 177-179. [↑](#footnote-ref-93)
94. »Los efectos de la guerra«, in: *El Día* (8.4.1915), S. 3. La situación financiera y económica«, in: *El Día* (29.4.1915), S. 3. [↑](#footnote-ref-94)
95. Martin, *Latin America and the War*, S. 438. [↑](#footnote-ref-95)
96. Notten, *La influencia*, S. xv und 127-128. Siehe auch den Jahresbericht des costa-ricanischen Präsidenten: Alfredo González, “Mensaje del Presidente” (San José, 1.5.1915), in: Meléndez Chaverri, *Mensajes presidenciales*. Bd. 4, S. 210-216. [↑](#footnote-ref-96)
97. Albert, *South America and the First World War*, S. 110-111. [↑](#footnote-ref-97)
98. Silva Vildósola, *Le Chili et la guerre*, S. 5. [↑](#footnote-ref-98)
99. Alejandro Bertrand an chilenischen Gesandten Federico Puga-Borne (Paris, 22.1.1915), Chile, AN Siglo XX, Ministerio de Hacienda, 4714. Chil. Botschafter an MRREE (Berlin, 7.4.1915), AMRREE, Bd. 514. [↑](#footnote-ref-99)
100. »Os generos do consumo«, in: *Jornal do Brasil* (7.8.1914), S. 7. »O preço da carne«, in: *Jornal do Brasil* (19.8.1914), S. 5. Siehe auch Vinhosa, *O Brasil e a Primeira Guerra Mundial*, S. 136. [↑](#footnote-ref-100)
101. »El carbón chileno«, in: *El Mercurio* (22.10.1914), S. 5. Siehe auch den Fall Peru: »La guerra en Europa«, in: *La Crónica* (9.8.1914), S. 3. Zum Erdöl in Argentinien: San Martín, *El petróleo*, S. 20-21. Auch die dekretierten Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs wirkten kontraproduktiv: »Situación creada por la conflagración europea«, in: *La Nación* (B.A., 11.8.1914), S. 5. [↑](#footnote-ref-101)
102. Wie Dehne (*On the Far Western Front*, S. 40-41) gezeigt hat, ging die Initiative zum Wirtschaftskrieg von den in Lateinamerika lebenden englischen Geschäftsleuten aus. [↑](#footnote-ref-102)
103. Zu den Rechten der Neutralen in Bezug auf die Blockaden: Hawkins, *The Starvation Blockades*, S. 80-91. [↑](#footnote-ref-103)
104. Vinhosa, *O Brasil e a Primeira Guerra Mundial*, S. 51. Gesandtschaft von Costa Rica an MRREE (London, 4.1.1915), ANCR, RREE, Caja 230:1. [↑](#footnote-ref-104)
105. Dehne, *On the Far Western Front*, S. 44-47. [↑](#footnote-ref-105)
106. Ebda., S. 51. [↑](#footnote-ref-106)
107. Hardach, *Der Erste Weltkrieg*, S. 19ff. [↑](#footnote-ref-107)
108. Cavalcanti, *A neutralidade*, S. 7. [↑](#footnote-ref-108)
109. Dehne, *On the Far Western Front*, S. 65-66. [↑](#footnote-ref-109)
110. Dehne, *On the Far Western Front*, S. 71-73. [↑](#footnote-ref-110)
111. Kolumbianischer Generalkonsul an Gesandtschaft (New York, 22.09.1914), Kolumbien, AGN, MRREE, Caja 94, Carpeta 2, S. 81. Für Beispiele in Brasilien siehe auch Vinhosa, *O Brasil e a Primeira Guerra Mundial*, S. 58. Die britischen Regierungsstellen unterschätzten das Problem zunächst: Dehne, *On the Far Western Front*, S. 131. [↑](#footnote-ref-111)
112. Enrique Schröder an uruguayischen MRREE (Montevideo, 7.8.1916), Uruguay, AGN, PGM, MRREE, caja 735. Siehe auch den Fall Ruete y Guyer in Uruguay: Brit. Foreign Office an uruguayischen Gesandten (London 16.11.1916), Uruguay, AGN, PGM, MRREE, caja 735. [↑](#footnote-ref-112)
113. US Generalkonsul an Dept. of State (Valparaíso, 22.9.1917), NA, RG 59, 625.119/48. [↑](#footnote-ref-113)
114. Vinhosa, *O Brasil e a Primeira Guerra Mundial*, S. 53-54. [↑](#footnote-ref-114)
115. Selbst die anglophile Tageszeitung *El Mercurio* beklagte die Lage: »Las listas negras«, *El Mercurio* (15.8.1916), S. 2. »Las listas negras«, in: *El Mercurio* (3.11.1916), S. 3. [↑](#footnote-ref-115)
116. MRE an Gesandtschaft Berlin (Bogotá, 1.9.1916), Kolumbien, AGN, MRREE, tomo 00549, transf. 1, fol. 688. Siehe auch »Memorial que el alto comercio alemán presentó a S.E. el Presidente de la República el 28 de marzo«, in: Gallardo, *Neutralidad de Chile*, S. 99-107. Couyoumdjian, »En torno a la neutralidad de Chile«, S. 201-203. [↑](#footnote-ref-116)
117. »A lista negra«, in: *Correio da Manhã* (1.6.1916), S. 1. Garambone, *A primeira Guerra Mundial*, S. 54-55. [↑](#footnote-ref-117)
118. Bras. Gesandtschaft an MRE (London, 31.8., 15.11., 8.12., 21.12.1916, 22.1. und 19.9.1917), in: AHI, Directoria Geral dos Negocios Politicos e Diplomaticos. [↑](#footnote-ref-118)
119. Gallardo, *Panamericanismo*, S. 210. [↑](#footnote-ref-119)
120. Gallardo, *Panamericanismo*, S. 219. Gallardo, »Posición internacional de Chile«, S. XLVII. [↑](#footnote-ref-120)
121. »Debate habido en el Senado en la sesión del 16 de agosto de 1916«, in: Gallardo, *Neutralidad de Chile*, S. 55-59. [↑](#footnote-ref-121)
122. War Dept., Military Intelligence Division an Bureau of Foreign and Domestic Commerce (Washington, 14.5.1919), NA, RG 151, General Records, Government Activities, 841. [↑](#footnote-ref-122)
123. »Ao Redor da Guerra - A questão do contrabando do guerra«, in: *Jornal do Commercio* (12.2.1915), S. 3. »Notas Americanas«, in: *Jornal do Commercio* (16.2.1915), S. 2. Weinmann, *Argentina en la Primera Guerra Mundial*, S. 69-70. [↑](#footnote-ref-123)
124. Britischer Gesandter an Foreign Office (Rio de Janeiro, 23.4.1915), *BD*, Bd. 1, S. 29. Dehne, *On the Far Western Front*, S. 103. [↑](#footnote-ref-124)
125. Diesen Zusammenhang erkannte man schon früh: »Os Estados Unidos e os Valores Sul-Americanos«, in: *Jornal do Commercio* (2.5.1916), S. 3. [↑](#footnote-ref-125)
126. Dept. of State, Memorandum: Our present opportunity in the Caribbean (30.11.1915), NA, RG 59, 710.11/261. [↑](#footnote-ref-126)
127. Salvatore, »Imperial Mechanics«, S. 667-672. [↑](#footnote-ref-127)
128. Barrett, »Our Trade Opportunity«, S. 469-474. [↑](#footnote-ref-128)
129. Wichtig war vor allem die Erste Panamerikanische Finanzkonferenz in Washington D.C. im Mai 1915, auf der US-Kredite und die Einrichtung von Schifffahrtslinien beschlossen wurden. *Proceedings of the First Pan-American Financial Conference*, S. 5-20. Für die Zusammenhänge siehe vor allem Rosenberg, *World War I.* [↑](#footnote-ref-129)
130. Selbst der erklärte Deutschenfreund Dunshee de Abranches sprach sich im Rahmen des Zweiten Panamerikanischen Wissenschaftlichen Kongresses im Dezember 1915 für die brasilianisch-US-amerikanische Kooperation aus: Abranches, *Brazil and the Monroe Doctrine*. [↑](#footnote-ref-130)
131. Kolumbianisches Außenministerium an Gesandtschaft Washington (Bogotá, 18.12.1914), Kolumbien, AGN, MRREE, Caja 139, Carp. 3, Trasf. 5, S. 193. [↑](#footnote-ref-131)
132. Kuntz, »El impacto de la Primera Guerra Mundial«, S. 127-131. [↑](#footnote-ref-132)
133. »La guerra en Europa«, in: *La Convención Nacional* (21.11.1915), S. 6-7. [↑](#footnote-ref-133)
134. »La guerra europea«, in *La Nación* (1.10.1914), S. 11. Zu den Sorgen der Briten siehe Botschaft an Foreign Office (Washington, 8.6.1915), in: *BD*, Part II, Series D, Bd. 1, S. 31-32. »Latin American Notes«, in: *The Times Trade Supplement* (Okt. 1916), S. 12. [↑](#footnote-ref-134)
135. »Sud-América como botín de guerra americano«, in: *El Diario del Hogar* (22.9.1914), S. 2. [↑](#footnote-ref-135)
136. Foreign Office an brit. Botschafter in Washington (London 15.3.1916), in: *BD*, Part II, Series D, Bd. 2, S. 160. »Ecos del día«, in: *La Nación* (19.3.1916), S. 2. Silva Vildósola, *Le Chili et la guerre*, S. 49-54. [↑](#footnote-ref-136)
137. Elliott, »South America and German Commerce«, S. 247-251. Demgegenüber blieben die Industrialisierungseffekte in anderen Ländern aus. Siehe Madueño, »La primera guerra mundial.« [↑](#footnote-ref-137)